Nr. 418 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 205

Morgen-Ausgabe

6 Mark

Bezugspreis:
Für den Monat September 200.— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, sowie Oesterreich und Luxemburg 248.— M., für das übrige Ausland 382.— M. Postbestellungen nehmen an in Belgien, Dänemark, England, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt", Frauenbeilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 40.— M. Reklamezeile 180.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 12.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 7.— M., jedes weitere Wort 5.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 15.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295 und 2506—2507

Dienstag, den 5. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptexpedition u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506—2507

Das Wiederaufbaugeschäft.

Patriotismus für 6 Proz.

Der „Soz. Parlamentsdienst" schreibt:

Ueber die Stinnessche Beteiligung am Wiederaufbau werden jetzt nähere Mitteilungen bekannt. Stinnes und der Generalverband der französischen Wiederaufbau-Genossenschaft haben einen Lieferungsvertrag großen Stils abgeschlossen, der sich auf die Lieferung von Baustoffen und Materialien verschiedenster Art erstreckt. Welchen Umfang die in Aussicht stehenden Lieferungen haben, geht daraus hervor, daß es sich um Materialien für Wiederherstellungsarbeiten

für insgesamt 190 000 geschädigte Hausbesitzer handelt, deren Entschädigungsforderungen einen Wert von 13 Milliarden Franken, also nach heutigem Kurse von fast rund 1479 Milliarden Papiermark ausmachen.

Daß von diesem Betrag ein sehr erheblicher Teil allein für Baustoffe ausgegeben werden muß, liegt bei der Art der Arbeiten auf der Hand.

Es lohnt sich also, den Vertrag näher zu betrachten. Leider spricht die französische Presse, die von dem Abkommen des Herrn Stinnes Einzelheiten berichtet, nicht über die Abschluß-Bedingungen. Das aber ist eine Angelegenheit, die die deutsche Oeffentlichkeit auf das Brennendste interessiert, zumal darüber Gerüchte im Umlauf sind, die zu den verschiedensten Kombinationen Anlaß geben. Zunächst richten wir deshalb an die Reichsregierung folgende Anfragen:

1. Ist es wahr, daß Stinnes ein Monopol für die Sachlieferungen der bezeichneten Art an den Verband der Wiederaufbau-Genossenschaften erworben hat, das dadurch gefestigt wird, daß ein Austausch je eines Aufsichtsratsmitgliedes eines Stinnes-Unternehmens und des Generalverbandes der Genossenschaften in Aussicht genommen ist?

2. Ist es wahr, daß Stinnes, der sich mit einem solchen Vertrag an die Stelle der von ihm so bekämpften im Wiesbadener Abkommen vorgesehenen Zentralstellen gesetzt hat, für die Vermittlung 6 Proz. bezieht?

Herr Stinnes selbst möge vorläufig folgende Frage beantworten, die — wir bitten um Verzeihung — vielleicht etwas indiskret ist:

Wie vereinbart sich Ihre Politik des unversöhnlichen außenpolitischen Kampfes gegen Frankreich, wie er in der neuerdings Ihnen gehörigen „Täglichen Rundschau" noch jetzt (und vorher in Ihrer „DAZ.") vertreten wird bzw. wurde, mit Ihrer privaten Geschäftspolitik?

Um Antwort wird gebeten, schon im Interesse einer Reinigung der Atmosphäre. Das Volk wird es nicht verstehen, wenn Rathenau unter Mitwirkung von Deutschvolksparteilichen Industrieführern — wir erinnern an Herrn Quaatz — in den Tod gehetzt worden ist, daß ferner jetzt eine neue, der alten nicht ganz unähnliche Hetze (siehe „DAZ.) gegen die Regierung inszeniert wird, während industrielle Erben für 6 Proz. Provision im Namen des Vaterlandes das Gleiche tun, was den ehrlichen Versöhnungspolitikern Schmach, Schande und Attentate einbrachte!

*

Die „Tägliche Rundschau" des Herrn Hugo Stinnes setzt in ihrer gestrigen Abendausgabe die beispiellose Hetze gegen das Kabinett Wirth weiter fort. Sie spricht ganz offen davon, daß es die Vertreter der Wirtschaft, d. h. wohl Stinnes und seine Freunde, gewesen seien, die dem Kabinett aus der Verlegenheit halfen, und Möglichkeiten fanden, den abgerissenen Faden wenigstens wieder anzuspinnen, „Vertreter derselben deutschen Wirtschaft, die auch schon eingreifen mußten, um jene peinlichen „Retorsionen" wieder rückgängig zu machen, an deren Beseitigung sich unsere Diplomatie vergeblich die Zähne ausgebissen hatte".

Diese Bemerkungen verdienen eine rasche Aufklärung, werden sie doch ergänzt durch die unglaublichste Verhöhnung des Reichskanzlers, den die Industrie aus der Affäre gezogen habe und der nun, wieder einmal flott geworden, versuchen könne, das Regierungsschiff weiter zu steuern. Von den Herren, „die heute an den Regierungsbänken sitzen", wird dann weiter ungefähr in dem Ton gesprochen, wie ihn sich ein Portier allenfalls gegenüber den Arbeitern erlaubt, wenn er weiß, daß der Chef damit einverstanden ist.

Der Pariser Beschluß der Reparationskommission gibt zu den Drohungen und Vermutungen, die jenen Angriffen zugrunde gelegt sind, keinerlei Anhalt. Deswegen wird auch ganz ungeniert zugegeben, daß man selbst noch nicht wisse, was sich hinter den Pariser Beschlüssen verberge, aber daß etwas dahinter stecke, dafür werde Herr Poincaré schon gesorgt haben! Dann heißt es in dem Blatte, dessen Inhaber sich vor kurzem von französischen Wirtschaftsführern und Regierungsfreunden nach abgeschlossenem Geschäft mit herzlichem Händedruck verabschiedet hat, daß sich Herr Poincaré täuschen werde, wenn er annehme, daß sich in Deutschland während der Laufzeit der Sechsmonatswechsel zu seinen Ungunsten nichts ändern werde. Dieser Irrsinn soll Politik sein!

Es ist verständlich, daß in der „Täglichen Rundschau" von großen Handschuhnummern und entsprechenden Fäusten geredet wird, anders wäre ja der Porzellanladen auch nicht kaputt zu bekommen. Ebenso selbstverständlich ist, daß zum neunhundertneunundneunzigsten Male den Arbeitern gesagt wird, wenigstens in verhüllter Form, sie seien dumm, faul und gefräßig, sie müßten auf den Achtstundentag verzichten, dann würde es besser werden. Man scheint für das rasche Unterdachbringen des Wiederaufbaugeschäfts Ueberstunden nötig zu haben. Ob die 6 Proz. Vermittlungsgebühr so eilig sind?

Die Einigungsverhandlungen.

Am Montag setzten die Beauftragten der Parteivorstände der SPD. und USP. die Beratungen über die Einigungsfrage fort. Besprochen wurde zunächst das Aktionsprogramm, über das volle Einmütigkeit erzielt wurde. Neben diesem Aktionsprogramm wird zum übernächsten Parteitag ein grundsätzliches Parteiprogramm vorbereitet werden. Die Vorarbeiten zu diesem Parteiprogramm sollen von einer in Nürnberg zu wählenden Programmkommission geleistet werden. Ueber eine ganze Reihe anderer Voraussetzungen zur Einigungsfrage wurde dank gegenseitigen Entgegenkommens ebenfalls leicht Uebereinstimmung erzielt. Mit der Beratung einiger, speziell organisatorischer Fragen wird sich am Mittwoch eine engere Kommission, der Mitglieder beider Parteivorstände angehören, beschäftigen.

Die Verhandlungen mit Belgien.

Die Vertreter der belgischen Regierung, Delacroix und Bemelmans, werden am Dienstagabend in Berlin eintreffen. Für Mittwoch sind vorläufig nur Vorbesprechungen der Reichsregierung mit den Belgiern geplant. Erst am Donnerstag sollen die offiziellen Verhandlungen beginnen. Von deutscher Seite sind die Unterhändler, entgegen anderslautenden Meldungen, bisher noch nicht ernannt. Jedenfalls wird der Reichskanzler den wesentlichen Teil der Besprechungen selbst führen.

Paris, 4. September. (EE.) Einer der belgischen Vertreter, die heute nach Berlin reisen, erklärte einem Vertreter des „Intransigeant", daß Belgien Garantien fordern werde, damit es, falls es Geld brauche, dieses auf Grund der deutschen Schatzwechsel im Betrage von 270 Millionen Goldmark in der Bank von England, von der Bank von Holland oder der Garanty Trust Company abheben könne. Falls diese Garantien angeboten würden, sei alles in Ordnung. Würde Deutschland die Verpflichtung eingehen, daß die Reichsbank den Gegenwert des Betrages der Schatzwechsel in Goldmark reserviere und ihn somit zur jederzeitigen Verfügung der Inhaber der Schatzwechsel halte, so würde eine Ueberführung dieses Goldbetrages in eine alliierte Bank nicht verlangt werden. Zur Reichsbank könne man das nötige Vertrauen haben. Die Banken, die die Schatzwechsel zu eskomptieren hätten, würden sich mit einer derartigen Zusicherung wahrscheinlich auch zufrieden geben. Falls Deutschland aber nicht genügend Garantien böte, müßte das Gold der Reichsbank verlangt werden. Die Vorschläge müßten aber von Deutschland ausgehen. Falls die Garantien abgelehnt würden, auch die Goldüberweisung nicht zugestanden würde, so würde man die Reparationskommission um Aufhebung ihres letzten Beschlusses ersuchen. Der belgische Vertreter ist aber der Ansicht, daß es nicht soweit kommen werde.

Griechenland räumt Kleinasien.

London, 4. September. (EE.) Die in London eingetroffene Nachricht, die griechische Regierung hätte der englischen mitgeteilt, sie sei entschlossen, ganz Kleinasien zu räumen, wird aus autorisierter Quelle bestätigt.

London, 4. September. (WTB.) „Evening Standard" berichtet, daß die griechische Regierung an die Alliierten herangetreten sei, um einen Waffenstillstand im griechisch-türkischen Krieg herbeizuführen. In maßgebenden Kreisen in London werde erklärt, daß sowohl die Lage der Griechen in Smyrna wie auch die innere Lage in Athen sehr schlecht sei. Vielleicht würden die Griechen Kleinasien freiwillig räumen. Die Stellung der Athener Regierung sei kritisch. Venizelos habe eine Einladung erhalten, nach Athen zurückzukehren. Zahlreiche griechische Blätter forderten den Rücktritt der Regierung.

Konstantinopel, 4. September. (EE.) Englische, französische, italienische und amerikanische Kreuzer erhielten Befehl, nach Smyrna abzudampfen. Die Konsuln der genannten Mächte hatten diese Maßnahme erbeten. In Konstantinopel hat die türkische Bevölkerung geflaggt. Zu Kundgebungen ist es nicht gekommen. Der türkische Ministerrat beriet heute lange, worauf sich der Großvezier zum Sultan begab, um ihm die Lage darzulegen.

Die Konferenz der Ernährungsminister, bei der alle Länder, zumeist durch ihre Ernährungs- und Landwirtschaftsminister, vertreten sind, wurde gestern eröffnet.

Krise in der Tschechoslowakei.

S. **Prag**, Anfang September.

Seit November des vorigen Jahres ist der Wert der tschechischen Krone in Zürich um nahezu das 3½fache gestiegen, worüber die von den Banken gefütterte tschechisch-nationale Presse in einen Rausch der Begeisterung geraten ist. Jetzt könne man sehen, wie glänzend fundiert der tschechoslowakische Staat sei, wie hoch er in der Welt eingeschätzt werde. Auch der Finanz- und Handelsminister ließen keine Gelegenheit vorübergehen, ohne die Wirtschaftspolitik, der man eine solche Blüte der Finanzen danke, über den grünen Klee zu loben. Auf den Rausch ist nun ein arger Katzenjammer gefolgt. Wie der sagenhafte König Midas, dem sich alles, was er berührte, in Gold verwandelte, bei solchem Reichtum zum Hungertod verurteilt war, da er ja Gold nicht essen und trinken konnte, so droht dem reichsten der Nachfolgestaaten des alten Oesterreich, der Tschechoslowakei, der wirtschaftliche Tod. Denn der Produktionsapparat ist von seiner Stillsetzung bedroht. Stündlich kommen neue Hiobsposten von eingestellten Betrieben und entlassenen oder auf Kurzarbeit gesetzten Arbeitern, wobei die Unternehmer natürlich die Gelegenheit benutzen, um für die noch Beschäftigten die Löhne zu drücken. Die Zahl der Arbeitslosen hat eine halbe Million schon überschritten und umfaßt alle Branchen. Am vorgeschrittensten ist der traurige Prozeß bei den Glasarbeitern. Die berühmte Gablonzer Glasindustrie ist lahmgelegt; aber auch die Tafelglasarbeiter und Porzellanarbeiter wurden zu Tausenden entlassen. In der Metallindustrie gab es schon im Frühjahre große Entlassungen, dazu kommen jetzt neue Reduzierungen in allen großen metallverarbeitenden Fabriken. Betriebseinschränkungen sind auch in der chemischen, keramischen, in der Holz- und Lederindustrie zu verzeichnen. Ein nicht minder trauriges Bild bietet die Textilindustrie. Nach statistischen Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Textilverbandes ist der Beschäftigungsgrad in den ihm angeschlossenen Betrieben um fast 60 Proz. gesunken. Dabei ist man keinen Tag vor der Meldung noch katastrophalerer Erscheinungen auf dem Wirtschaftsmarkt gefeit. Auch die Unternehmer stimmen ein Jammergeschrei an.

In einem eben erfolgten Aufruf des Parteivorstandes der Deutschen Partei wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die Gefolgschaft, die der tschechoslowakische Staat der französischen Reparationspolitik leistet, die Hauptschuld an dem Zustand unseres eigenen Staates trägt. Mehr als zwei Drittel unserer Ausfuhr gingen noch im vorigen Jahre nach Deutschland und Oesterreich, über die Hälfte unserer Einfuhr kam aus diesen beiden Staaten; der Marksturz und die „Veredlung" unserer Valuta bringen diese Quellen unseres wirtschaftlichen Lebens zum Versiegen. Die Begeisterung der nationalen Tschechen für Frankreichs Zerstörungspolitik erhält hier ihre Illustration.

Und doch wäre es unvollständig und nicht ganz richtig, wenn man nur die Uebernahme der französischen Haß- und Revancheideologie durch die tschechisch-bürgerliche Politik als alleinige Ursache unserer jetzigen Situation bezeichnen wollte. Es sind schon wirtschaftliche Interessen gewisser Gruppen, die nüchtern und planmäßig die Stärkung des Kronenwertes zu ihrer Hauptaufgabe machen und die naheliegende Kritik durch Aufpeitschung der nationalen Instinkte ersticken. Diese Gruppen sind die Finanzleute, die ja wirklich dabei ein ausgezeichnetes Geschäft machen, wenn sie von ihren Schuldnern ein dreimal so gutes Geld als das, welches sie geliehen, eintreiben. Der spiritus rector ist der berüchtigte Dr. Raschin, Finanzminister der ersten Regierung und nunmehriger Kandidat der Bankokratie für den Posten eines Finanzministers in der zu rekonstruierenden Regierung. Die Banken wissen, was sie an ihm haben. Das künstliche Hinauftreiben des Kronenkurses über seine tatsächlichen Wertgrenzen bringt einen berauschenden Reichtum in die Bankkassen, welchem Prozesse der staatliche Fiskus mit wohlverstandenem Schmunzeln zusieht, da das Steigen der Krone sich praktisch in einer Verminderung der ausländischen Schuldverpflichtungen auswirkt, der Staat also sozusagen immer weniger schuldig ist. Wenigstens für den Augenblick schaut es so aus. Daß der Schwindel freilich nicht aufrecht zu erhalten sein wird, daß diese ganze Geschichte ein höchst unrühmliches Ende nehmen muß, ehe noch ein Heller von der Befreiungstaxe an das Ausland gezahlt werden wird, bekümmert unsere Regierung nicht. Bis es soweit ist, wird sie ja verschwunden sein. Die schon lange angekündigte Rekonstruktion unserer Regierung wird nur darum verschleppt, weil die Agrarier aus der Bereicherungskonjunktur auch noch ihren Vorteil ziehen möchten.

Irgendwie, sagt der gemeine Mann, müßte die Wertsteigerung unserer Krone im Preisabbau zum Ausdruck kommen. Wenn wir für unser Geld dreimal soviel Mehl im getreideproduzierenden Ausland zu kaufen bekommen, dann müßten auch die Bauern bei uns ihr Getreide um ein Drittel des bisherigen Preises hergeben; wenn wir die Rohstoffe für Bekleidung und Beschuhung mit einer wesentlich verringerten Kronenmenge zu bezahlen vermögen, müßten Wäsche, Kleidung und Schuhe weit billiger sein. Stützen doch die Unter-

nehmer ihre lohndrückerischen Absichten auf die Behauptung einer preissinkenden Tendenz. Von einer nennenswerten Preisreduktion ist nichts zu bemerken; die Preise sind nirgends um mehr als 10 Proz. gesunken. Damit aber Mehl und Brot nicht unter dem Einfluß der steigenden Krone wesentlich billiger werde, damit die im Krieg und in den ersten Nachkriegsjahren reich gewordenen Agrarier nicht hinter den Bankleuten zurückbleiben, verlangen sie Schutzzölle für ihr Getreide und machen von diesem Zugeständnis ihre Beteiligung an der Regierung, ihr Verhalten bei der dringlichen Rekonstruktion der Regierung abhängig. Die tschechische Sozialdemokratie, die in diesen Tagen zur Wirtschaftskrise Stellung genommen hat, verlangt unter den zu treffenden Maßnahmen ausdrücklich Freigabe der Einfuhr von Lebensmitteln und Aufhebung der Zölle für verschiedene Lebensmittel und Industrieerzeugnisse.

Die Krise im Wirtschaftsleben droht zu einer politischen und staatlichen Krise zu werden, zu deren Beschwörung die ministeriellen „Staatsmänner", über welche die Republik im Augenblick verfügt, nicht taugen. Wozu es bei ihnen äußerstenfalls reicht, ist die Vertagung der Lösung der Regierungsfrage bis zu einem möglichst weitabliegenden Termin. Die sozialistischen Parteien, auch die der tschechischen Regierungssozialisten, verlangen dagegen in Aufrufen die sofortige Einberufung des Parlaments, um die Regierung zu zwingen, die ihr zur Verfügung stehende Macht zum Kampfe wider die Krise und ihre sozialen Folgeerscheinungen, Teuerung und Arbeitslosigkeit, mobil zu machen. Daß diese Macht dazu reicht, ist zwar sehr fraglich; nicht fraglich ist es aber, daß ihre Anwendung auch ihre nicht zu umgehende Pflicht ist.

Die berufenen „Retter".

Es wäre interessant, einmal zu erfahren, wie viel Mitglieder der Alldeutsche Verband, der soeben in Essen a. d. R. seine Tagung abgehalten hat, eigentlich zählt. Vor dem Kriege hatten die Leutchen trotz aller Rührigkeit eine politische Bedeutung im Innern niemals zu erlangen vermocht, um so größer war ihre Berühmtheit in den deutschfeindlich gesinnten Teilen des Auslandes, da ihre Kundgebungen und sonstigen Lebenszeichen durch ihre Verrücktheit den Nationalisten der Gegenseite den wertvollsten Agitationsstoff lieferten. Heute noch spielt der Extaseschrei der „Alldeutschen Blätter" vom 3. August 1914: „Es ist eine Freude zu leben. Wir alle haben diese Stunde herbeigesehnt. Sie ist da, die heilige Stunde", eine wichtige Rolle in der gegnerischen Kriegsschuldargumentation. Es ist eigentlich ein bezeichnendes Merkmal unserer Zeit, in der die Gewaltpolitik der Entente und die daraus entstandene Not so viel geistige Verwirrung angestiftet hat, daß diese Gruppe von Phantasten und Scharlatanen es wagen kann, „Wege zu Deutschlands Rettung" anzugeben. Der „Deutschen Zeitung", die einen ganzen teuren Papierbogen dafür opfert, ist es zu verdanken, daß der Essener alldeutsche Verbandstag nicht gänzlich unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit vor sich gegangen ist. Allerdings sind die fünf Referate, die darin ziemlich wörtlich abgedruckt sind, von so gähnender Leere, daß damit der alldeutschen Sache nur ein sehr zweifelhafter Dienst geleistet worden ist. Die Rassentheorie, die der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, v. Vietinghoff-Scheel mit pseudowissenschaftlicher Terminologie entwickelt hat, ist nur ein mäßiger, auf die Gegenwart gemünzter Abklatsch der viel gründlicheren Abhandlungen der zwei größten Vorkämpfer des Alldeutschtums, des Franzosen Gobineau und des Engländers H. St. Chamberlain. Der Hauptgeschäftsführer will die Versailler Sklavenketten zerspringen lassen und fordert — mit allerlei Seitenhieben auf die selbstsüchtigen Teile der Deutschnationalen Partei — seine Getreuen auf, „wahre Todbereitschaft" für den künftigen Revanchekrieg zu zeigen. Einstweilen bleibt der Vernichtungskrieg — gegen die Juden für den Hauptgeschäftsführer das dringendere Hauptgeschäft. Dazu benötigen allerdings vor allem die Juden die „wahre Todbereitschaft", zumal die geistigen Lenker dieser „Rettungsaktion" sich hüten werden, selbst in die Pogromschlacht einzugreifen und es vorziehen dürften, Helden à la Techow, Stubenrauch und Ankermann vorzuschicken.

An dem Bericht des baltischen Professors v. Freytag-Loringhoven über die deutsche Irredenta war wohl die Schlußwendung das Wichtigste: Wir brauchen eine Zentralnachrichtenstelle und dafür benötigen wir Geld. Jetzt kann also die arisch-alldeutsche Schnorrerei losgehen! Viereinhalb Spalten „Reformwerk" gab Justizrat Claß zum Besten, dies schien aber den Anwesenden, denen man die Tugend der Ausdauer nicht absprechen kann, nicht zu genügen, denn sie mußten noch ein weiteres Referat des Pastors Maurenbrecher zu diesem Punkt über sich ergehen lassen, der sich besonders über die Bildungspolitik ausbreitete. Maurenbrecher ist wohl der entschiedenste aller Schulreformer. Die fremden Sprachen möchte er am liebsten ganz aus dem Unterricht entfernen, höchstens als Wahlfächer noch dulden, dafür soll um so mehr Geschichte gelehrt werden, und zwar im Zeichen des Krebsganges: man fängt mit dem Weltkrieg und dem Zusammenbruch an und schließt mit der Urzeit. Uns scheint der fromme Pastor dabei unbewußt das Werkzeug semitischer Einflüsse zu sein: Sind es nicht gerade die hebräischen Bücher, die man von rechts nach links liest, angefangen mit der letzten Seite? Alldeutsche, seid auf der Hut! Das Judentum hat sich bis in die Reihen eurer Verbandstagsreferenten eingeschlichen.

Im übrigen kann dieser Reformvorschlag unserer Vorwärts-Buchhandlung nur sehr willkommen sein. Für den zweiten Unterrichtsabschnitt: Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II., wird sie zweifellos bereit sein, etliche Neuauflagen eines vorzüglichen Lehrbuches dem künftigen königlich preußischen Unterrichtsminister Maurenbrecher zu liefern: „Die Hohenzollern-Legende" von Max Maurenbrecher.

Volksparteiliche Klagen.

Die Sehnsucht nach dem Ministersessel.

Die Ripplersche „Zeit" läßt sich aus Parteikreisen einen recht beachtlichen Artikel schreiben. In ihm wird darauf hingewiesen, daß die Deutschnationale Volkspartei von ihrer Berliner Zentrale aus im ganzen Reiche nach einheitlichen Gesichtspunkten die Deutsche Volkspartei mit Schmutz bewerfe. Wie bedenkenfrei diese Agitation oft sei, habe das unerhörte Vorkommnis bei den Landtagswahlen gezeigt, als auf Befehl von Berlin um 12 Uhr mittags am letzten Sonnabend vor den Wahlen eine bewußte Unwahrheit über die Deutsche Volkspartei in sämtlichen preußischen Wahlkreisen plakatiert wurde, und zwar nach Anordnung der Berliner Zentrale so, daß die Deutsche Volkspartei darauf nicht mehr habe antworten können.

Jetzt arbeite der gleiche zentrale Agitationsapparat mit einem neuen Rezept. Es würde überall im Reiche über die Sehnsucht der volksparteilichen Führer nach Ministersesseln gewitzelt. Demgegenüber wird deutschvolksparteilich und parteioffiziös festgestellt, daß Ministersein gar keine solch erfreuliche Angelegenheit sei, als man in deutschnationalen Kreisen glauben machen wolle, schon deswegen nicht, weil in der Fraktion mitunter nicht begriffen werde, daß ein Zusammenarbeiten mit anderen Fraktionen nur Kompromißpolitik sein könne. Dann heißt es weiter:

„Die Deutsche Volkspartei erlebte ihre tiefste Enttäuschung nach den Juniwahlen 1920, als ihr das Vertrauen weitester Kreise auch außerhalb der Partei wichtige Ministerposten antrug und sie vergeblich nach Persönlichkeiten ausschaute, die bereit gewesen wären, ihre bürgerliche Stellung aufzugeben, um Reichsminister zu werden. Zu allem, was vordem angeführt worden ist, kommt in einer Zeit, in der unsere Währung überhaupt keinen festen Grund mehr hat, für manche Kreise auch noch das finanzielle Moment. Das Ministeramt bedingt das Ausscheiden aus jeder geschäftlichen Tätigkeit. Das Aequivalent des Gehalts ist demgegenüber oft nur ein Teil des in der Wirtschaft Errungenen. Alle diese Beziehungen aufgeben, dafür Minister werden, heißt für jeden, der nicht ganz fest fundiertes Vermögen besitzt, die Existenz seiner Familie aufs Spiel setzen. Glaubt man in deutschnationalen Kreisen wirklich, daß die Männer, die hierzu bereit sind, wenn etwa die Not der äußeren und inneren Lage sie zwingt, das alles nur zu tun, um einmal in Deutschland für sechs bis zehn Monate Minister sein zu können?"

Die volksparteiliche „Zeit" dreht dann den Spieß herum und weist darauf hin, daß Herr Wulle ja erst kürzlich von der deutschnationalen Sehnsucht nach Ministersesseln gesprochen habe, und er müsse es doch wissen. Vielleicht sorgt nun auch die Agitationszentrale der Deutschen Volkspartei dafür, daß das dumme Geschwafel über die Sozialdemokratie, die von den Ministersesseln begeistert sei, etwas nachläßt. Für die Sozialdemokraten ist es ja mitunter nicht nur die Existenz der Familie, die durch ihre Aufopferung für das Land in Gefahr kommt.

Der geschätzte Landarbeiter.

Gegenwärtig werden in ganz Deutschland die Betriebsräte und die Belegschaften der Gutshöfe von den Arbeitgebern oder deren Beauftragten fortgesetzt aufgefordert, Eingaben an die Behörden zu unterzeichnen, die darauf verweisen, daß der Umlagepreis für das erste Drittel der Getreideumlage nachträglich unbedingt erhöht werden müsse, da sonst Lohnerhöhungen für die Landarbeiter nicht bewilligt werden könnten. In einer Eingabe der Vereinigung der landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände Thüringens an das Reichsernährungsministerium in Berlin vom 25. August 1922 sucht man mit dem gleichen Köder Eindruck zu erwecken. In der Eingabe heißt es u. a.:

„Bevor eine derartige Festsetzung (gemeint ist damit eine Erhöhung des Getreidepreises für das erste Drittel der Umlage) stattgefunden hat, können die landwirtschaftlichen Arbeitgeber keine endgültige Stellung zu den Lohnforderungen der Arbeitnehmer nehmen, und solange dies nicht geschehen kann, bleibt die Beunruhigung auf beiden Seiten."

Einmal sucht man also die Regierung zu Maßnahmen gegen die beunruhigten Landarbeiter zu veranlassen, und jetzt dreht man den Spieß um und hetzt die Landarbeiterschaft gegen die Regierung auf. Wirklich ein Doppelspiel, das den Landarbeitern zeigen muß, wie sie sich gegenüber ihren Arbeitgebern bei Aufforderungen obengenannter Art zu verhalten haben.

Der jungdeutsche Orden aufgelöst.

Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik hat der preußische Minister des Innern jetzt den Jungdeutschen Orden mit allen Unterorganisationen (Gefolgschaften und Bruderschaften) aufgelöst. In der Begründung, die dem Verbot beigegeben ist, heißt es, daß der Jungdeutsche Orden entgegen dem Grundsatz, sich von Parteistreitigkeiten fernzuhalten, sich der monarchistisch-reaktionären Bewegung angeschlossen und zur Unterstützung der hierin erstrebten Ziele im besonderen ein Freundschaftsverhältnis zu dem bereits auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni 1922 aufgelösten Verband nationalgesinnter Soldaten geschlossen hat. Ebenso hatte der Jungdeutsche Orden mit dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund eine weitgehende Personalunion.

Der Zwischenfall von Oberkassel.

Düsseldorf, 4. September. (WTB.) Zu der Angelegenheit der Ermordung von zwei belgischen Soldaten in Oberkassel erfahren wir vom Presseamt Düsseldorf, daß die beiden verhafteten Beigeordneten, Dr. Odenkirchen und Polizeirat Blasius, von der belgischen Behörde wieder freigelassen worden sind. Im übrigen drohte die Besatzungsbehörde mit verschärften Maßnahmen, wenn der Mörder nicht ausfindig gemacht wird. Die Polizei wird jedoch fortgesetzt gehindert, den Tatbestand aufzunehmen, und kann keine Ortsbesichtigung vornehmen. Für morgen ist eine große Trauerkundgebung geplant, zu der auch die deutschen Behörden eingeladen worden sind.

Wie verhindert man Plünderungen?

Von Friedrich Wendel.

An der Verhinderung von Plünderungen sind alle Schichten der Bevölkerung in gleich hohem Maße interessiert.

Was zunächst die besitzenden Kreise angeht, so haben die bedauerlichen Vorkommnisse in Senftenberg und Eberswalde zu Folgen geführt, die die Urheber der Plünderungen mangels nötiger Erfahrung in volkswirtschaftlichen Dingen nicht vorausgesehen haben. Eine Umfrage bei den Berliner Waschanstalten hat ergeben, daß die erste Folge der unüberlegten Akte eine exorbitante Häufung von Reinigungsaufträgen in besserer Unterwäsche war. Die unmittelbare Folge davon war wiederum ein riesiger Seifeverbrauch, der die Preise für Fette, Oele, Kali, Natron, Salmiak und Sand in schwindelnde Höhen trieb — „schwindelnde Höhen" hier in völlig unpolitischem Sinne gebraucht. So ist es gekommen, daß die Seife augenblicklich ein Luxusobjekt darstellt, was zumal in Ansehung der Beschaffenheit der bürgerlichen Klasse, mit der umzugehen das Gros der Bevölkerung nun einmal noch täglich gezwungen ist, außerordentlich bedauert werden muß.

Aber auch was die proletarische Klasse angeht, so kann vor der Wiederholung der Senftenberger und Eberswalder Unüberlegtheiten nicht dringend genug gewarnt werden. Marx wußte, was er schrieb, als er den individuellen Eingriff in das Eigentum verwarf. Der individuelle Eingriff in das Eigentum, der Diebstahl, der Raub, die Plünderung, ist eine typisch bürgerliche Wirtschafts-Funktion. Seit wann, bitte, ist es Mode, daß das Proletariat sich bürgerliche Gepflogenheiten zu eigen macht? Zugegeben, daß die Methodik des organisierten Bandendiebstahls in der Organisation des Engroshandels, in der Ausgestaltung des Börsenwesens und der freien Wirtschaft hinsichtlich des unmittelbaren Effektes so bestechende Formen aufweist, daß manch schwaches Gemüt der verlockenden Aussicht auf schnelle, mühelose und gesicherte Bereicherung erliegt — die proletarische Klasse hat gerade in den gegenwärtigen betrüblichen Zeitläuften alle Veranlassung, auf sauberste Klassenscheidung zu halten.

Wie nun verhindert man Plünderungen?

Da in Senftenberg und Eberswalde in der Hauptsache Lebensmittel- und Bekleidungsgeschäfte geplündert wurden, so vermutet eine Gruppe von Nationalökonomen, daß die plündernde Menge starken Bedarf an Lebensmitteln und Kleidung hatte. Eine andere Fachgruppe neigt der Ansicht zu, daß, wiewohl dieser Annahme nicht die Wahrscheinlichkeit der Möglichkeit abzusprechen sei, immerhin noch zu erwägen bliebe, ob nicht das materielle Unvermögen, die begehrten Gegenstände im Wege üblicher Warenerstehung, durch Kaufvertrag, erlangen zu können, die unmittelbare Ursache des unerlaubten Zugriffs gewesen sei.

Haben beide Versionen über den Kern der Angelegenheit soviel Licht gestreut, daß eine ernsthafte Diskussion des Problems die Aussicht auf die Behebung des Notstandes noch vor Erkaltung des solaren Planetensystems mindestens theoretisch möglich erscheinen läßt, so muß doch auch mit allem Nachdruck betont werden, daß die laienhafte Formulierung: „Gebt den Leuten zum Kauf des Nötigen das nötige Kleingeld, da jede Plünderung unstatthaft ist," eben den Kern der Angelegenheit nicht trifft. Soll eine Formulierung wie diese „jede Plünderung ist unstatthaft" zum Grundsatz erhoben werden, so ist natürlich das materielle Fundament der bürgerlichen Kulturwelt in Frage gestellt. Schlechterdings unerfindlich, was dann aus dem Devisenhandel werden sollte!

So weit darf die an sich berechtigte Antipathie gegen Plünderungen nicht gediehen, daß letztlich etwa auch die freie Wirtschaft in Frage gestellt würde! Also: wie verhindert man Plünderungen?

Hauptmann-Aufführung des Bezirksbildungsausschusses Groß-Berlin. Der diesjährige Vorstellungszyklus des sozialistischen Bildungsausschusses wurde Sonntag nachmittag im „Neuen Theater am Zoo" unter der Spielleitung von Alfred Gerasch mit Hauptmanns „Einsame Menschen" glücklich und verheißungsvoll eröffnet. Die mehr als drei Jahrzehnte, welche seit dem Erscheinen des Stückes ins Land gegangen, haben dem ganz eigenartig intimen Reiz seiner Szenen nichts anzuhaben vermocht. Die beiden Familiendramen „Friedensfest" und „Einsame Menschen", die Hauptmanns kühnem Erstlinge „Vor Sonnenaufgang" unmittelbar folgten, tragen bei aller sonstigen Gegensätzlichkeit in Charakterzeichnung und Milieu doch ein verwandtes Gepräge schicksalsmäßig schwerer Seelentragik. Im „Friedensfest" eine Familie von Neurasthenikern, die nach langen Jahren zum Weihnachtsfeste endlich wieder einmal vereint, beseelt von guten Vorsätzen, trotzdem zwangsläufig die alten halbvernarbten Wunden ihres Zwistes aufreißen! In den „Einsamen Menschen" ein Kreis von sehr viel höher stehenden Personen, die wie zum Glücke ausersehen scheinen, durch Wohlwollen und Liebe aufs engste mit einander verbunden. Doch die Verstimmung, in der Johannes Vockerat sich verzehrt — letzten Grundes wohl aus dem dunklen Gefühl entstammend, daß seine Kräfte zum geplanten Werke nicht reichen —, wächst bei Begegnung mit der fremden russischen Studentin zum verheerenden Brande. Verblendung faßt ihn, in der grenzenlos geduldigen Liebe seiner Frau, dem gütigen Zuspruche der Eltern sieht er unleidlichen Zwang und, da die Fremde, stärker wie er selbst, sich endlich losreißt, ist alles andere Denken, Stolz, Glück, Hoffnung in ihm ausgelöscht, er sucht im Tod Erlösung.

Das Hin und Her der schwankenden Gefühle, der sie farbig widerspiegelnde Dialog kam in dem Spiel zu lebensvollem Ausdruck. Gut waren insbesondere die beiden Frauengestalten, die Gattin und die Fremde, durch die Damen Rita Parsen und Rose Liechtenstein vertreten. Paul Mederow gab einen in vielen Wendungen eindrucksvollen Johannes; doch die schlanke Jünglingsgestalt konnte mit dem Bilde, das man von der Figur sich macht, nicht ohne Rest zusammenschmelzen. Ernst Rotmund ein in der Mischung von Gutmütigkeit und Rauhbeinigkeit flott skizzierter Braun. Herr Starnburg fand als Vater in dem letzten Gespräch mit dem geliebten Sohne Töne schlichter Seelenwärme. dt.

Die neuen Personenwagen vierter Klasse. Die steigenden Fahrpreise brachten allgemein eine erhebliche Abwanderung von Fahrgästen in die vierte Klasse mit sich, so daß bald ein Mangel an Wagen vierter Klasse eintrat. Die zum Teil vorgenommene Umzeichnung von Wagen dritter Klasse in die vierte Klasse konnte nur einen vorübergehenden Notbehelf darstellen und dauernde Abhilfe nicht schaffen. Es mußte daher an eine erhebliche Vermehrung des Bestandes an Wagen vierter Klasse gedacht werden.

Die Wagen werden zweiachsig mit einem Radstand von 8,5 Meter hergestellt. Das Dach ist zur Vermeidung des bisher üblichen, aber recht teuren Oberlichtaufbaues als Tonnendach ausgebildet, das auch bei den Einheitsbauarten der übrigen Personenwagengattungen künftig angewendet wird. Das Wageninnere wird durch zwei sich gegenüberliegende Aborte in zwei Räume geteilt, die zusammen 66 Sitzplätze aufweisen. Die Sitzplätze an den Stirn- und Querwänden bestehen aus einem einfachen Gestell mit aufgeschraubten Sitzbrettern ohne besondere Rückenlehne. Von den übrigen Sitzbänken besitzen je zwei aneinanderstoßende eine gemeinsame Rückenlehne. Ein Mittelgang ermöglicht es den Reisenden, sich schnell über den ganzen Wagen zu verteilen. Ueber den Sitzen sind an den Stirn-, Quer- und Seitenwänden kräftige Haken zum Aufhängen von Rucksäcken und dergleichen angebracht. Die Wagen sind mit der Nieder- und Unterdruckheizung, Bauart Pintsch, ausgerüstet, deren Heizkörper an den Seitenwänden so angebracht sind, daß sie die Reisenden nicht behindern und der Platz unter den Sitzbänken zum Abstellen von Gepäckstücken verfügbar bleibt. Die Beleuchtung der Wagen erfolgt durch Preßgasglühlicht.

Die Durchgangswagen erhalten an jedem Wagenende offene Plattformen und Uebergangseinrichtungen. Der Zugang zum Wageninnern erfolgt durch Schiebetüren. Die Abteilwagen werden an jeder Längsseite mit vier Drehtüren ausgerüstet, um den Reisenden ein schnelles Aus- und Einsteigen zu ermöglichen. Die Fenster sind mit Druckrahmen und herablaßbar eingerichtet und besitzen lange Aufziehgurte.

Die mit den Wagen angestellten Versuchsfahrten haben ein günstiges Ergebnis gezeitigt. Der Lauf der Wagen, die mit 11lagigen Tragfedern von 21,00 Millimeter Länge und 120,13 Millimeter Federblattquerschnitt ausgerüstet sind, ließ wesentliche Unterschiede gegenüber einem in dem Versuchszug laufenden dreiachsigen Wagen nicht erkennen. Sobald Wagen der neuen Bauart in genügender Zahl vorhanden sind, werden die noch vorhandenen Wagen vierter Klasse ausschließlich für Reisende mit Traglasten eingestellt werden.

Schulkliniken in England. In England hat man an den Elementarschulen besondere Schulkliniken eingerichtet, und über die Ergebnisse dieser Einrichtung wird nach einem Bericht der Erziehungsbehörde in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" allerlei mitgeteilt. Im Jahre 1921 besuchten 5 187 000 Kinder die Elementarschulen in England und Wales. Von diesen wurden 2 400 000 ärztlich untersucht, und zwar in drei Gruppen: beim Schuleintritt mit 5 Jahren, dann mit 8 Jahren und beim Schulaustritt mit 12 Jahren. Der Dienst in den 900 Schulkliniken, die diese ärztliche Untersuchung und die Beobachtung der Kinder vornehmen, wird von 800 Berufsschulärzten und von 700 Aerzten im Nebenberuf besorgt. Außer den Schulkliniken haben sich noch 391 Hospitäler dem Schulkrankendienst

Das Privatkapital auf der Lauer.

Zu dem „Gutachten" des Sachverständigenausschusses für die städtischen Werke.

Allzulange schon währt der Streit über die beste Betriebsform unserer städtischen Werke, der sich bekanntlich immer mehr zu einem Kampf um die Organisationsvorschläge des Oberbürgermeisters und des Stadtbaurats Horten ausgewachsen hatte. Zur schnelleren Entscheidung hatten die städtischen Körperschaften einen Ausschuß von Sachverständigen berufen, dessen Gutachten nunmehr vorliegt. Wir hatten es von vornherein für außerordentlich bedenklich gehalten, diesen Ausschuß in der Hauptsache aus Vertretern privatkapitalistischer Betriebe und privatkapitalistischer Interessen zusammenzusetzen, wir erkennen nun, daß es ebenso falsch war, diesem Ausschuß die Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Werke ganz allgemein zu übertragen, ohne ihm zugleich die konkrete Aufgabe zu stellen, die beste Organisationsform unter voller Erhaltung des gemeinwirtschaftlichen Charakters der Betriebe zu finden. Denn nur darauf konnte es nach Lage der Sache ankommen. So aber wurde diesem Ausschuß die Möglichkeit gegeben, in der Form eines Gutachtens die Auslieferung der kommunalen Werke und Betriebe an das Privatkapital zu propagieren und dadurch die ganze Frage auf ein vollkommen abwegiges Gleis zu schieben. Es konnte keinem Kenner unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zweifelhaft sein, daß die Vertreter privatkapitalistischer Betriebe bei einer solchen Frage nicht aus ihrer Haut herausgehen würden und daß sie zu einem — sicherlich von ihnen als objektiv empfundenen — Interessengutachten kommen mußten. (Um so unverständlicher bleibt allerdings die Unterschrift eines dieser Ausschußmitglieder unter dem Gesamtgutachten.) Sie schlagen vor, die eigentlichen Erwerbsbetriebe dem Privatkapital auszuliefern und die von ihnen abzutrennenden Heiz- und Maschinenanlagen in kommunaler Regie zu belassen, da sie Wohlfahrtseinrichtungen darstellten, bei denen sich die „nötigen Voraussetzungen" für privatkapitalistische Form nicht finden lassen.

„Wär' der Gedank' nicht so verwünscht gescheit,
Man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen!"

Besitz- und Betriebsgesellschaften.

Bei den Betrieben, die Ueberschüsse abwerfen, Dividenden einbringen können, muß das Privatkapital herangezogen werden, sie können sich sonst nicht auf den Beinen halten, aber die „Wohlfahrtseinrichtungen" darf die Stadt gnädigst behalten, hier lassen sich auch in städtischer Regie bessere Wirtschaftsergebnisse erzielen! Als beste Form des gemeinwirtschaftlichen Betriebes schlägt das Gutachten die Trennung in Besitz- und Betriebsgesellschaften vor, und auch hierbei soll die eigentliche Verdienerin, **die Betriebsgesellschaft, am stärksten mit Privatkapital durchsetzt sein.** Dies wird so motiviert: Zur Sanierung der Werke braucht die Besitzgesellschaft Geld; dieses Geld wird sie allein nicht erhalten, sondern hier muß als Garant die Betriebsgesellschaft auftreten, die deshalb ein Institut sein muß, „das den Geldgebern tatsächlich Vertrauen einflößt" — in unser geliebtes Deutsch übertragen heißt das: hier sollen **die Aktien ganz oder überwiegend in den Händen des Großkapitals liegen.** Die Begründung des ganzen auf nicht weniger als 25 Foliodruckseiten ausgeführten Vorschlages läßt überall dort, wo einmal ein unvorsichtiges Wort den so geschickt gemalten Vorhang des „Gutachtens" zerreißt, die ganze Brutalität der rein kapitalistischen Einstellung der Gutachter erkennen. Die Wirtschaftspolitiker vom Schlage der „Lokal-Anzeiger"-Journalisten, die nach dem gemeinwirtschaftlichen Betriebe schreien und gleichzeitig über jede Tariferhöhung Krokodilstränen vergießen, wird es interessieren, zu hören, daß der wesentliche Vorteil der neuen Betriebsform in einer **schnellen Erhöhung der Tarife** gesehen wird. Interessen der Allgemeinheit scheiden ja dann „erfreulicherweise" aus, die Werke sind keine Wohlfahrts-, sondern Erwerbsbetriebe.

Es lebe die Dividende!

Uns selbst interessiert es außerdem, daß der zweite Rentabilitätsfaktor in der Beseitigung des „Uebermaßes von sozialen Bedingungen" für die Arbeiterschaft (S. 20) gefunden wird sowie darin, daß **„Löhne und Gehälter in angemessenes Verhältnis zur Ergänzung zu bringen sind".** (S. 15.) Man sieht also, wessen sich die Arbeiterschaft bei der privatwirtschaftlichen Form des Betriebes zu versehen hätte, und die Lohnpolitik der Hochbahn-Gesellschaft gibt ja das lebendige Beispiel dafür. Es kann natürlich keinem Zweifel unterliegen, daß die Vorschläge des Gutachterausschusses auf den **entschlossensten Widerstand der Sozialdemokratie stoßen werden, da das Interesse der Stadt wie der Bevölkerung die strikte Ablehnung einer solchen Verschleuderung städtischen Besitzes an das Privatkapital gebieterisch erfordert.** Es kann nicht scharf genug hervorgehoben werden, daß die Stadt Berlin ihren eigenen Kredit aufs schwerste gefährden würde, wenn sie sich auf die hier vorgeschlagene Weise ihres wertvollsten Besitzes entäußerte. Und andererseits kann keine städtische Verwaltung die Interessen der Konsumenten ihrer Werke und die Interessen ihrer Arbeitnehmerschaft nicht leichtfertig einem Konsortium von Großverdienern auf Kosten der Allgemeinheit anvertrauen.

*

Nicht: „Zurück zur privatwirtschaftlichen Form" kann die Parole dieser schweren Uebergangszeit lauten, sondern: Vertiefung der gemeinwirtschaftlichen Form, Durchdringung des alten bureaukratischen Apparates kommunaler (wie staatlicher) Betriebe mit der Erkenntnis moderner Wirtschaftspolitik, Umwandlung der städtischen Werke in Formen, die eine erhöhte Rentabilität und zeitgemäße Produktion unter vollster Erhaltung des gemeinwirtschaftlichen Besitzes gewährleisten. Wo hier der Hebel anzusetzen, zeigt das in seinem Kern so verfehlte Gutachten erfreulicherweise Seite auf Seite. Und was es da selbst für möglich hält, wo Riesengewinne für das Privatkapital nicht zu erwarten wären, bei den maschinentechnischen und Heizanlagen, das muß bei den übrigen Werken und Betrieben möglich gemacht werden: Umgestaltung und Reorganisation ohne Preisgabe der Interessen der Allgemeinheit. Wenn die städtischen Behörden das ihnen nun vorliegende Dokument privatkapitalistischen Denkens in diesem Sinne verwerten, dann wird es trotz allem und allem nicht vergeblich geschrieben sein.

Die neuen Posttarife.

Die rasende Entwertung der Mark hat auch die Reichspostverwaltung zu beschleunigtem Handeln angespornt. Der beim Reichspostministerium errichtete Verkehrsbeirat trat Montag vormittag 10 Uhr zusammen, um zu den neuen Entwürfen für die Erhöhung der Post-, Postscheck-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren Stellung zu nehmen und um sich außerdem über die Maßnahmen zur Beschleunigung von Aenderungen im Gebührenwesen prinzipiell auszusprechen. Reichspostminister Giesberts, der die Versammlung eröffnete, überraschte diese damit, daß er die dem Reichsrat schon zugegangenen Entwürfe als bereits überholt erklärte und eine Ergänzung dieser Entwürfe, die in den letzten Tagen fertiggestellt worden war, vorlegte. Diese Entwürfe, die heute ursprünglich besprochen werden sollten, hatten als Ausgangspunkt eine Fernbriefgebühr von 6 M. und sahen durchweg eine 100prozentige Erhöhung der bestehenden Gebühren vor. Von einer Erhöhung der Zeitungsgebühr war in dieser Vorlage mit Rücksicht auf die große Notlage der Presse Abstand genommen worden. Wie der „Soz. Parlamentsdienst" mitteilt, wurde beschlossen, einer Verdoppelung der Postgebühren, soweit sie sich auf Briefsendungen beziehen, zuzustimmen. Es kostet also ab 1. Oktober eine **Postkarte** im Ortsverkehr 1,50 M., im Fernverkehr 3 M.; ein **Brief im Ortsverkehr** bis 20 Gramm 2 M., bis 100 Gramm 4 M., bis 250 Gramm 6 M.; ein **Brief im Fernverkehr** bis 20 Gramm 6 M., bis 100 Gramm 8 M., bis 250 Gramm 10 M. Die Beförderung von Drucksachen, Geschäftspapieren und Warenproben wurde ebenfalls entsprechend erhöht. Für ein Kilo-Päckchen soll in Zukunft 12 Mark Porto gezahlt werden. — Ueber die anderen Gebührensätze wurde noch kein Beschluß gefaßt. Für Fernsprechgebühren hat das Reichspostministerium eine Erhöhung von 700 Prozent vorgeschlagen.

Die Teuerung.

Notstandsmaßnahmen der Stadt.

Der Magistrat beschäftigte sich gestern in außerordentlicher Sitzung mit der Frage, durch welche Maßnahmen der augenblicklichen Teuerung und der sprunghaften Preisbildung zu begegnen sei. Der Oberbürgermeister legte dar, welche Maßnahmen bereits in Kraft gesetzt sind, um die Käufer des notwendigen Lebensbedarfs schon jetzt vor Uebervorteilung zu schützen. Die Besprechung richtete sich sodann auf die Gefahr, daß die Kohlen-, Brot-, Milch- und Fleischversorgung versagt, und auf die Pflichten gegen die Empfänger öffentlicher Unterstützung, gegen Sozialrentner, Greise, Sieche, Jugendliche und kranke Personen. Dazu kommt noch die Steigerung der Wohnungsmiete. Der Magistrat war darüber einig, daß trotz der kommenden Verschlechterung der Finanzlage Berlins Notstandsmaßnahmen erforderlich seien. Ueber deren Richtung und Umfang wird der Magistrat sich am Mittwoch schlüssig machen, um sodann an die Stadtverordnetenversammlung heranzutreten.

Das Zugeständnis an den Handel.

Der Hauptausschuß der Preisprüfungsstelle Berlin hat, wie wir bereits meldeten, den Beschluß gefaßt, in die Kalkulation des Verkaufspreises an Stelle des Gestehungspreises den Wiederbeschaffungspreis der einzelnen Waren einzusetzen. Dieser Beschluß ist zustande gekommen trotz Bekanntgabe der entgegenstehenden bisherigen Reichsgerichtsurteile. Ungeachtet dieses Beschlusses wird so meldet das Nachrichtenamt des Magistrats, die Preisprüfungsstelle nach wie vor jeder wucherischen Ausnutzung der Marktlage entgegentreten. Die verbrauchende Bevölkerung wird hierauf hingewiesen. Anzeigen von Verstößen sind anzubringen bei der Wucherabteilung der Polizei oder der Preisprüfungsstelle und ihren Nebenstellen in den Stadtbezirken.

*

Das Nachrichtenamt bringt auch in Erinnerung, daß die Preisaushangverordnung des Magistrats vom 8. Januar 1921 nach wie vor gültig ist. Das Kammergericht Berlin hat als letzte Instanz die Gültigkeit dieser Verordnung für die Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs durch Urteil vom 30. Juni 1922 gleichfalls anerkannt. Diese Gegenstände sind daher auszupreisen. Anzeigen von Verstößen gegen die Preisaushangsordnung sind gleichfalls bei der Wucherabteilung der Polizei oder der Preisprüfungsstelle und ihren Nebenstellen anzubringen.

Der Mord an dem Schupobeamten.

Die Persönlichkeit des Mörders noch unaufgeklärt.

Zu der Erschießung des Polizei-Oberwachtmeisters Botchen wird uns noch mitgeteilt: Im Laufe des gestrigen Vormittags sind vom Polizeiamt Mitte der Kriminalpolizei, das mit der Aufklärung des Verbrechens beschäftigt ist, eine Reihe von Zeugen ermittelt worden, die über die schwere Bluttat und die Verfolgung des Täters folgende Angaben machen:

Der Oberwachtmeister ist nicht auf dem Rummelplatz selbst, sondern vor diesem an der Ecke der Neuen König- und Lietzmannstraße erschossen worden. Zwei gutgekleidete Männer, der Täter und ein anderer, der einen modernen grauen Anzug trug, waren dort in Streit geraten. Beide sprachen nicht Deutsch. Der eine zog plötzlich eine Pistole, die ihm aber entfiel. Als nun der Oberwachtmeister hinzukam, um den Mann festzustellen und ihm die Pistole wegzunehmen, bückte sich dieser schnell, hob die Waffe auf und drückte auf den Polizeibeamten ab, der, ins Herz getroffen, auf der Stelle tot zusammenbrach. Der Täter mischte sich nun unter die vorüberziehenden Demonstranten. Augenzeugen des Vorfalles und Polizeibeamte nahmen die Verfolgung des Täters auf. Ein Augenzeuge hatte beobachtet, daß der Täter im Zuge einen Mantel und einen Hut erhalten hatte. An dem Königstor verließ dieser, so verkleidet, den Demonstrationszug und bestieg einen Straßenbahnwagen. Der Zeuge verfolgte ihn und bestieg gleichfalls den Wagen mit dem Rufe: „Das ist der Mörder!" Der Mann aber antwortete ihm: „Was willst du von mir? Ich bin Kriminalbeamter!" Zur gleichen Zeit zeigte er auch eine Erkennungsmarke mit der Nummer 1679 und zog auch wieder die Pistole. Der

---

28] # Der Sprung in die Welt.

Ein Jungarbeiterroman von Artur Zickler.

(Schluß.)

„Es wird rauh und frostig draußen, Gerda — es wäre schön, wenn ich hier bleiben könnte. Ich habe die Stadt liebgewonnen, wenn ich mich aber frage, warum, weiß ich deutlich: nur wegen dir. Wenn du wieder von mir weggehst, falle ich in eine kalte Leere; ich liebe dich mehr als alle Menschen, die jemals um mich waren, mehr als meine Heimat und alle Wanderschaft. Du bist der erste Mensch, den ich so heftig liebe, so mächtig, daß ich mich selbst erst durch dich kennenlerne. Dabei bist du mir rätselhaft, und ich ahne doch, wie anders dein Wesen ist als meines; denn du wanderst durch die Männer wie ich durch die Reviere, ewig sehnsüchtig nach anderen Bildern und Horizonten. Jetzt wanderst du durch mich, ich möchte dich festhalten . . ."

Jäh fuhr ihre Hand nach seinen Augen, damit er ihr Gesicht nicht sehen solle. Er wehrte sich nicht dagegen, hielt still, bis er ihren Atem spürte und ihre feuchte Wange.

„Jetzt muß ich nach Hause gehen." Sie brachen auf. Ein langer Weg — zu kurz für Hans und seine Lust, bei dem Mädchen zu sein. Einsam die Straßen heimzu. Gerdas Hauch noch in der dunklen Stube. Wie schmerzhaft süß, ein Narr der Liebe zu sein! Erinnerung glitt in Traum, Traum in Schlaf, der Schlaf in frühes Erwachen. Kühl rauschte der Morgen, wand sich in Nebeln und matter Dämmerung. Das Frühvolk hastete durch die Straßen: Bäckerjungen, Dienstmädchen, Arbeiter. Zur rechten Zeit langte Hans in der Nähe von Gerdas Wohnung an. Sie trat aus dem Hause, eilte leichten Fußes vor ihm her. „Gerda!" Sie wandte sich; ihre Augen waren ein wenig müd. Sie traten in einen Hausflur und küßten sich. Wie tapfer ist sie, dachte er; zwölf Stunden jeden Tag bediente sie im Warenhaus für schlechten Lohn ein launisches Publikum, hatte zu Hause sicherlich noch genug der Arbeit — und fand noch Zeit, Kraft, Liebe und Geduld, das heiße Herz eines liebestollen Burschen zu verkühlen. Sie schritten eilig dahin. Von den Türmen hallten drei Schläge. „Wir haben noch fünf Minuten Zeit," sagte Gerda, und sie bogen in die Anlagen ein, setzten sich auf eine Bank und blickten auf das stürzende Wasser. Wie rätselhaft war sie doch — und wie schön! Die Minuten rauschten dahin wie das Wasser. Bang duckte sich seine Seele vor der Dämonie des Vergehens. Alles fließt . . .

So verwehten Wochen wie ein Lied und wie eine Gebärde. Die Tagen wurden kürzer, warfen Regen und Schnee, die Bäume standen dürr und entlaubt. Eines Tages kam Gerad nicht mehr, dafür fand Hans einen Brief von ihr am nächsten Morgen vor.

Mein lieber Freund! Wir dürfen uns eine Woche lang nicht sehen. Ich will nicht danach fragen, wie dir dabei ums Herz ist, denn ich bin müde geworden. Wir wollen einmal ausruhen voneinander. Wenn wir uns dann nach einer Frist wiedersehen, werden wir wissen, was wir uns noch zu sagen haben und was wir uns noch sind. Bis dahin bleibe guten Mutes und der treue Freund deiner Gerda.

Hans fühlte den Schlag, den er lange gefürchtet hatte, als einen körperlichen Schmerz in der Brust, der sich zitternd in alle Glieder verteilte. Dann lachte er bitter und laut, setzte sich an den Tisch und schrieb, ohne sich zu besinnen, auf ein Blatt Papier:

„Du spielst mit Menschen, wie mit Puppen!"

Als er den Brief in den Kasten geworfen hatte, reute es ihn schon. Er wollte einen zweiten hinterherschicken und fand keine Worte mehr. In niederträchtiger Trägheit verrannen die Stunden der Arbeit, leer schlich der Abend und brachte keinen Schlaf. Hans schrak vom Lager auf, als der Briefträger klopfte. Gerdas Antwort: „Lebe wohl!"

Hagel trieb an die Scheiben Das richtige Wetter! Hans warf sich auf den Fußboden und weinte, schrie wie ein Mensch in der Folter.

Hartgefroren die Straße, silbergrauer Reif auf dem Gestrüpp, auf den toten Feldern, und der Wind schneidend kalt, hohl tönend, grell pfeifend. Knarrendes Krähengelärm.

O, Hans war fröhlich, sang sogar:

„. . . bist ja noch so jung!
Hast ja noch zum Sterben
Immer Zeit genung . . .!"

Da war er wieder am Marschieren, da war wieder die Landstraße, da blieb wieder alles hinter ihm, was Leid und Freude hieß — und vor ihm die Zukunft. Schwarzes Haar und schwarze Augen, was will das zur Treue taugen; Liebe schafft nur trüben Sinn — laß fahren dahin! Dichten konnte er also auch noch, und das Pläneschmieden würde sich wieder einstellen: ja, er war ein patenter Kerl, nur für seine Liebste nicht patent genug. Vielleicht war er auch nur ein Schlappschwanz, ein Weiberknecht und Schürzenjäger, ein Heulpeter und Gemüteles, und es geschah ihm alles ganz recht.

Ganz gleich, er hatte niemand als sich selbst, das mußte fürs erste reichen. Wenn er sich selbst nicht verlor, mußte alles andere halb so wichtig sein. Ein Mann ist noch zu anderen Dingen berufen, als Mädchen um Liebe anzubetteln, und manchmal ist auch der Harnisch sein Bett. Er war in die Welt gesprungen, um zu schwimmen, auch um die Klippen herum. Es war die Zeit gekommen, sich zu fragen, ob er nicht noch andere Dinge liebte als schlanke Mädchen, leise Lieder und weiße Wolken, nämlich Härte und Widerstand, Kampf und Entbehrung, Trotz und Enthaltung. Die Sehnsucht allein tat es nicht — tausend Werke warten in der Welt auf tapfere Kerle. Und er wollte einer sein. Eine kleine Geschichte fiel ihm ein, die ein Russe geschrieben hatte, die Geschichte vom Sperling, den der Habicht belauert. „Mag auch über uns der Habicht kreisen, noch wollen wir kämpfen — zum Teufel auch!"

Noch wollen wir kämpfen — zum Teufel auch!

So ging Hans aufrecht in den kalten Winter hinein, entschlossen, das Ziel zu finden, das er suchte.

Das, was er hinter sich hatte, gehörte ja noch zum Vorspiel seines Lebens, war ein Präludium der Wandlungen, in dem die Grundmotive der Vollendung anschlugen. Er wollte die großen Meere befahren, die Länder der Erde bereisen, wachsen am Leid und aufblühen in der Freude des Menschenseins, wollte sich stählen in Arbeit und Not, kühn werden in Gefahren, stolz in Versuchungen, heiter in der Ueberwindung. Das Ohr wollte er an den Boden legen, um die kommenden Gewalten zu spähen, denen Feindschaft oder Treue anzusagen war: um des Volkes willen, dem sein Herz gehörte. Es mußte etwas bleiben, wenn sich die Wässer des Auftriebes und der Sehnsüchte verlaufen hatten — Hans Onfreder der Mann, Hans der Ritter, geschient in das Eisen der klaren Tat.

Hans lief durch die Gänge seiner Seele wie ein Bergmann durch die Stollen eines Schachtes, mit dem Hammer die Wände abklopfend, um die Metalle aufzuspüren, die zu bergen sich lohnte. Fruchtbar sollte sein Gehirn werden, eine Scheuer der Erkenntnis für alle, auf die es ankam, seine Stimme wollte er zur Glocke gießen, weithin im Lande vernehmbar. Denn das neue Lied vom neuen Leben mußte gesungen werden, die neue Jugend mußte kommen und mächtig werden — damit nicht die apokalyptischen Reiter, deren Roßhufe ungeduldig an den Grenzen des Erdenschicksals scharrten, hohnlachend über Ohnmächtige stieben!

Straßenbahnschaffner hatte unterdessen den Wagen zum Halten gebracht. Der Täter stieg jetzt wieder ab, mischte sich unter die Demonstranten und war bald verschwunden. In der Brauerei am Friedrichshain, die von den Demonstrierenden aufgesucht wurde, wurde nun der Mann im Garderobenraum unter einem Tisch versteckt aufgefunden. Jetzt trug er wieder weder Mantel noch Hut. Als er dann hervorgezogen worden war und abgeführt werden sollte, stellte sich heraus, daß er nicht mehr stehen konnte. Wahrscheinlich hatte er Gift genommen. Die Leiche, die außer einer Schramme am Kopf und einem blauen Fleck am Arm keinerlei Verletzungen aufweist, befindet sich zur Rekognoszierung im Schauhause. Dort werden Fingerabdrücke von dem Toten genommen, um so vielleicht seine Persönlichkeit feststellen zu können. Die bei ihm vorgefundene Erkennungsmarke ist im Jahre 1921 einem Beamten des Bezirksamts Tiergarten abhanden gekommen. Die dem Toten abgenommene Pistole ist eine neue Sauer-Pistole.

Kleine Gefälligkeiten im Wohnungsamt.

Der Ruf der ohnehin nicht gerade beim Publikum sehr beliebten Wohnungsämter wird durch bestechliche Beamte, wie sie nun des öfteren schon gefaßt worden sind, nicht gerade besser. Gestern stand wieder vor der 1. Ferienstrafkammer des Landgerichts I ein solcher Beamter, der eine „kleine Gefälligkeit", die er sich mit 500 M. hatte bezahlen lassen, schwer zu büßen hatte. Wegen Bestechung waren der Wohnungsbeamte Herbert Menden und der Hausdiener Wilhelm Heyder angeklagt. Heyder, der Hausdiener im Hotel Atlantic war, suchte seinerzeit in der Nähe des Hotels eine Wohnung und war glücklich, als er eine solche in der Marienstraße fand. Er ging zu Menden, veranlaßte ihn, auf die polizeiliche Anmeldung den Genehmigungsstempel des Wohnungsamtes zu setzen und zahlte ihm dafür 500 M. Die Wohnung wurde dem Wohnungsamt nicht gemeldet. Bald darauf kam der Schwindel trotzdem heraus — es waren nämlich noch andere Parteien Freier auf die Wohnung —, und gegen die beiden wurde Anzeige erstattet. In der gestrigen Verhandlung beantragte der Staatsanwalt mit Rücksicht auf die zunehmende Korruption gegen Menden drei Monate Gefängnis und gegen den Heyder 500 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte gemäß diesem Antrage gegen beide Angeklagte.

Haltlose Jugend.

Not und Verbrecherantrieb sind oft genug, wenn man der Ursache einer Straftat auf den Grund gehen soll, kaum auseinander zu halten. Das Verbrechen fordert nach dem Kriege ebenso seine Opfer, wie der Hunger. Vor dem Jugendgericht Berlin-Mitte stand gestern ein eben der Schule entwachsener Knirps, kaum so groß, daß er den Richtertisch überblicken konnte. Der Junge hatte sich monatelang in Berlin herumgetrieben und, um sich den notwendigen Lebensunterhalt zu verschaffen, Bleirohre aus fremden Klosetts gestohlen und verkauft. Bei einem derartigen Diebstahl wurde er ertappt, leugnete jedoch hartnäckig, die übrigen ihm zur Last gelegten Straftaten ausgeführt zu haben, trotzdem die Gleichheit der Diebstähle ihn in allen Fällen als Täter erkennen ließ. Der Staatsanwalt erachtete die Täterschaft in drei Fällen als erwiesen und beantragte hierfür drei Monate, für die übrigen versuchten Diebstähle einen Monat, zusammen also für dieses halbe Kind nicht weniger als vier Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf eine Gesamtgefängnisstrafe von immerhin noch 3½ Monaten, rettete ihn jedoch vor der Abbüßung im Gefängnis, indem es ihm eine dreijährige Bewährungsfrist zubilligte.

Eine Hilfsaktion für das Montessori-Heim.

Der Weiterbestand des Montessori-Heims in Lankwitz ist gefährdet. Die Nachricht, daß es wegen Mangel an Mitteln aufgelöst werden soll, veranlaßt den Vorsitzenden des Bundes entschiedener Schulreformer, die Oeffentlichkeit zum Protest und zur Hilfe aufzurufen. Er weist darauf hin, daß diese im April 1919 von der Gemeinde Lankwitz eingerichtete Erziehungsstätte, der erste und bisher in Deutschland einzige Versuch nach der Methode der Kinderärztin und Pädagogin Dr. Maria Montessori, drei Jahre hindurch 80 Kindern aus allen Volksschichten unentgeltlich den Segen einer wahrhaft kindheitgemäßen und gemeinschaftbildenden Erziehung hat zukommen lassen. Gegen die neue Schulverwaltung des Verwaltungsbezirks 12, dem Lankwitz zugeschlagen wurde, erhebt der Vorstand des Bundes den Vorwurf, daß sie wenig Verständnis für die pädagogische Bedeutung dieses Versuches bewiesen hat. Scharfe Angriffe richtet er auch gegen den Berliner Magistrat, der im Januar 1922 die Mittel zur Weiterführung der Montessori-Schule gestrichen hat und die Auflösung zum 1. Oktober beabsichtigt, falls nicht Mittel von staatlicher Seite gewährt werden. Das Montessori-Komitee und die Elternschaft haben seitdem bei Reichs-, Staats-, Stadt- und Provinzialbehörden die Bewilligung einer Beihilfe zu erwirken gesucht, haben aber nichts erreicht. Der Vorstand des Bundes weist darauf hin, daß Groß-Berlin und Preußen sich von Bayern und Hessen überflügeln lassen, die Montessori-Heime errichten werden. Der Aufruf mahnt Regierung, Behörden und Fraktionen: Erhaltet das Lankwitzer Montessori-Kleinkinderheim und eröffnet neue dazu in allen Bezirken! Andernfalls müßte die Privattätigkeit einspringen und eine Montessori-Gesellschaft sich zusammenschließen. Anmeldungen nehmen entgegen der Bund entschiedener Schulreformer (Friedenau, Menzelstraße 1) und die Geschäftsstelle des Montessori-Komitees (Wilmersdorf, Landhausstr. 52).

Die Straßenreinigungspflicht.

Das vom Magistrat ausgearbeitete Ortsgesetz über die Straßenreinigung Berlins unterlag der Nachprüfung durch den von der Stadtverordnetenversammlung hierfür eingesetzten Ausschuß. Das Ortsgesetz bezweckt nicht nur die Vereinheitlichung der bisher sehr verschieden liegenden Straßenreinigungsverpflichtungen, sondern auch die Erhebung von Beiträgen für die Straßenreinigung. Von den Gesamtkosten der Straßenreinigung sollen 25 Proz. von dem Grundstückseigentümer wieder eingezogen werden. Das Aufkommen hieraus wird entsprechend der Teuerung auf 500 Millionen Mark jährlich geschätzt. Diese Mittel sind notwendig, weil die Stadt nicht mehr in der Lage ist, die Straßenreinigung wie bisher aus den Steuereinnahmen zu tragen. Mit einigen kleinen Aenderungen stimmte der Ausschuß dem Ortsgesetz im ganzen zu.

Reichspräsident Ebert ist an die Spitze des Hauptausschusses der Reichssammlung des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge" E. V. getreten. Dem Ausschuß gehört eine große Reihe bekannter Persönlichkeiten, führender Männer in der Politik, Wirtschaft, Kunst und Literatur an. Aufgabe der Reichssammlung (Postscheckkonto: Berlin NW 7, 88660) ist die Beschaffung von Mitteln zum würdigen Unterhalt der Gräber unserer Krieger im Reich und im Ausland. Sitz des Ausschusses ist Berlin-Schöneberg, Innsbrucker Straße 42.

Ueber die Gründe der beabsichtigten Schließung der Berliner Kinos erläßt der Verein der Lichtbildtheaterbesitzer Groß-Berlin eine Erklärung, in der es heißt: Die in Aussicht stehende neue Steuerordnung sieht wiederum derartig unerträgliche Lasten vor, daß die Berliner Lichtspieltheaterbesitzer zu dem Entschluß gekommen sind, nunmehr ihre Betriebe so lange zu schließen, bis der Magistrat gemäß den von den Interessenvertretungen der Lichtspieltheaterbesitzer gemachten Vorschlägen neue, unsere Existenz nicht mehr gefährdende Sätze festgelegt hat. Ueber den Zeitpunkt, von dem an in eine Schließung der Groß-Berliner Lichtspieltheater eingetreten wird, werden am 7. d. M. endgültige Beschlüsse erfolgen.

Polizeimelder in Berlin. Das Polizeipräsidium hat am Rathausportal in der Spandauer Straße eine Polizeimeldeanlage errichten lassen, die am Montag, den 4. September, zum erstenmal zu Versuchszwecken in Betrieb genommen werden wird. Je nachdem dieser Versuch ausfällt, ist es beabsichtigt, Standmelder mit Signallampen an anderen Punkten der Stadt einzubauen. Hierdurch wird allen Polizeiorganen Gelegenheit gegeben, mit ihren Dienststellen sofort in Verbindung zu treten. Im Fall der Bewährung der Versuche soll das neue System späterhin auch dem Publikum öffentlich zugänglich gemacht werden. Aehnliche Anlagen haben sich in Montevideo außerordentlich bewährt.

Für mehrere Millionen Mark Schmugglerware beschlagnahmt. Die Anführer einer großen Schmugglerbande, die über 20 Mitglieder hat, konnten nach langwierigen Beobachtungen gestern durch Beamte des Dezernats A 3 der hiesigen Kriminalpolizei unschädlich gemacht werden. Den Beamten waren bei ihren Beobachtungen wiederholt Leute aufgefallen, die von dem Bahnhof Friedrichstraße, dem Schlesischen Bahnhof und dem Bahnhof Charlottenburg mit großem Reisegepäck in der Richtung nach Danzig, Königsberg, Marienburg abfuhren. Die Beamten untersuchten nun ihr Gepäck genauer. Es wurden dabei goldene Uhren, Uhrenarmbänder und andere Schmucksachen im großen Handelswerte von über 1¼ Millionen Mark gefunden und beschlagnahmt. Die Besitzer des Gepäcks, Isidor Bernstein und Erich Neufeldt, wurden verhaftet.

Das Schauspielhaus Potsdam hat unter der außerordentlich rührigen und geschickten Leitung seines Intendanten Pohlemann für die kommende Wintersaison einen Spielplan aufgestellt, der von dem frischen Zug, der durch das gemütliche alte Haus weht, Zeugnis ablegt. Der Spielplan weist u. a. folgende Ankündigungen auf: Wildgans: Liebe, Wedekind: Erdgeist, Wilde: Salome, Tolstoi: Lebender Leichnam, Ibsen: Wenn wir Toten erwachen, Hebbel: Herodes und Mariamne, Goethe: Götz von Berlichingen und Egmont, Beer-Hofmann: Graf von Charolais, Shaw: Pygmalion, Zweig: Tersites, Lancker: Christa, die Tante, Goltz: Vater und Sohn, Thoma: Moral, Molnar: Leibgardist, Ilgenstein: Kammermusik und Lessing: Minna von Barnhelm. An Operetten werden vorbereitet: Künecke: Wenn Liebe erwacht, Fall: Der fidele Bauer, Lehar: Die lustige Witwe, Kalisch: 100 000 Taler u. a. Die Intendanz hat sich auch bemüht, in den Eintrittspreisen der minderbemittelten Bevölkerung entgegenzukommen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde (19. Verwaltungsbezirk, Pankow, Niederschönhausen, Buch, Karow, Heinersdorf, Blankenburg. Dienstag, den 5. September, abends 6½ Uhr, wichtige Sitzung aller Helfer und Helferinnen im Jugendheim der SPD., Pankow, Breitestraße (Finanzamt): Wichtige Tagesordnung.

Arbeiter-Sport

Zum ersten Male!

Der „Vorwärts" bringt heute zum erstenmal einen geschlossenen Arbeitersportteil. Der Arbeitersport gewinnt täglich neue Anhänger. Die Zahl der Veranstaltungen wächst zusehends und es werden Leistungen geboten, die auch vor einer strengen Kritik wohl bestehen können. Die Spaltungstendenzen, die sich in der politischen Organisation der Arbeiterschaft so unheilvoll ausgedrückt hatten, sind auch auf die Arbeitersportorganisationen nicht ganz ohne Einfluß geblieben. Es ist jedoch zu begrüßen, daß im allgemeinen die Sportorganisationen von der Spaltung verschont geblieben sind, wenn es auch nicht an Bemühungen gefehlt hat, sie in parteipolitischem Sinne zu beeinflussen. Auch auf diesem Gebiete ist jetzt eine erfreuliche Klarheit und Gleichberechtigung aller politischen Richtungen geschaffen worden, so daß der Arbeitersport, heute als ein einheitliches Ganzes, als ein geschlossener Schutzwall gegen das Vordringen reaktionärer Sportverbände anzusehen ist. Dieser Tatsache wird der „Vorwärts" jetzt in verstärktem Maße Rechnung tragen und zunächst einmal in der Woche umfassender als es bisher der Fall war, einige Spalten dem Thema Arbeitersport zur Verfügung stellen. Wir rechnen dabei jedoch auf die fördernde Mitarbeit der Arbeitersportler selbst. An den Arbeitersportlern wird es liegen, ob der Sport, den sie lieben, die Behandlung in unserem Blatte erfährt, die alle Sportfreunde wünschen müssen. Wir bedauern es außerordentlich, daß im „Arbeitersport", dem Organ des Arbeitersportkartells, bei der Ankündigung der Tatsache, daß „Freiheit" und „Vorwärts" nunmehr dem Arbeitersport größeren Raum zur Verfügung stellen wollen, die Bemerkung gefallen ist, daß diese beiden Blätter „dem Vorgehen der „Roten Fahne" folgen" wollten. Festgestellt sei aber, daß die „Rote Fahne" noch vor einigen Monaten dem Thema Arbeitersport fast gar keine Beachtung geschenkt hat. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß in verständnisvoller Zusammenarbeit zwischen Sportlern und Presse jede einseitige Tendenz zum Segen der Gesamtheit des Arbeitersports vermieden wird.

Es ist vorgesehen, dem Arbeitersportteil in jedem Dienstag im „Vorwärts" Raum zu gewähren. Kleinere Berichte und Ankündigungen werden wie bisher nach dem vorliegenden Material täglich erscheinen.

Das Sportfest der Arbeiterjugend.

Die sportlichen Darbietungen, die der Verein Arbeiterjugend am Sonntag im Lichtenberger Stadion zeigte, bewiesen in einzelnen Leistungen unverkennbar einen Fortschritt gegen das Vorjahr. Bei den 100-Meter-Läufen, olympischen Stafetten der Burschen wie der 4×75-Meter-Stafette der Mädchen zeigte sich vielfach, daß gut trainiert worden war. Die Barrenriege fand verdienten lebhaften Beifall, besonders auch die Leistungen des kleinsten Burschen. Der Stafettenwechsel wie auch die Lauftechnik und Kenntnis der eigenen Leistungsfähigkeit bedarf noch größerer Uebung unter fachmännischer Leitung. Die Jungen übten zumeist mit nacktem Oberkörper und bloßen Beinen, so daß das Ganze einen lebendigen und frischen Anstrich hatte. Die Volkstänze könnten als ein Spezialgebiet der Arbeiterjugend noch mehr in den Vordergrund gestellt werden. Turnspiele, Kugelstoßen, Springen, Speerwerfen usw. ergänzten das Programm. In einer kurzen Ansprache wurde betont, daß die Arbeiterjugend den alten römischen Spruch: Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper! zur Tat machen wolle. Die heutige Jugend stelle die zukünftigen Kämpfer für die Sache des Sozialismus. Gesund soll die Jugend werden, ohne Sportfexer und Kanonen im Sinne der bürgerlichen Sportbewegung zu erziehen. Die Sportübungen sollen nicht Selbstzweck, sondern nur eine Ergänzung des Programms der Arbeiterjugend bilden. — Wenn wir die Veranstaltung der Arbeiterjugend nicht als Sportfest im Sinne der Sportvereine, sondern als propagandistische Darstellung körperlicher Ertüchtigungsmöglichkeiten werten, so war das Dargebotene höchst anerkennenswert. Musik und guter Männergesang vervollständigten das Programm.

Welchen Sportverbänden trete ich bei?

In den Arbeitersportvereinen werden Turnen, Leichtathletik, Fußball, alle Turnspiele, Schwimmen, Radfahren, Rudern, Segeln, Wandern, Volkstänze usw. betrieben, so daß die Jugendlichen, wie auch Männer, Frauen, Mädchen und Kinder je nach Wunsch sich einem besonderen Zweige zuwenden können. Die nachfolgende Uebersicht bitten wir im Bekanntenkreise sowie in den Betrieben und Bureaus zirkulieren zu lassen. In Groß-Berlin sind etwa 1000 Schulvereine und ebensoviel bürgerliche oder wilde Sportvereine, die sich aus der werktätigen Bevölkerung zusammensetzen, aber den Anschluß an die Arbeitersportvereine noch nicht vollzogen haben und unseren wirtschaftlichen und politischen Gegnern Gefolgschaft leisten. Alle Sportfreunde sind in den nachstehenden Vereinen herzlich willkommen!

Turnen und Leichtathletik.

Turnverein „Fichte", Zentralverein für Groß-Berlin, gegründet 1860, hat außer in allen Stadtgegenden Berlins in Mariendorf-Tempelhof, Hohenschönhausen Abteilungen und mehrere Sportplätze. Geschäftsstelle: Köpenicker Straße 108.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin, Zentralverein für Groß-Berlin, gegründet 1919. **Turnabteilungen.** Bezirk Süden: Boeckhstr. 17/20. — Bezirk Norden: Schönfließer Str. 5 und Graunstraße. — Bezirk Wedding: Pankstr. 18. — Bezirk Osten: Petersburger Str. 4. — Bezirk Westen: Culmstr. 15 und Genthiner Straße. — Bezirk Schöneberg: Rätherstraße, Belziger Straße, Eberstraße, Berchtesgadener Straße. — Lindenhof im Ledigenheim. — Bezirk Neukölln: Kopfstraße, Richardstraße, Rütlistraße, Boddinstraße. — Jeder Bezirk hat einen Sportplatz. Neueintretende Vereine behalten ihre Selbständigkeit und eigene Beitragsfestsetzung. Geschäftsstelle: F. Stühm, Neukölln, Pannierstr. 13. Zurzeit hat der Verein 50 Abteilungen einschließlich Sport und Fußball.

Athletik-Sport-Klub. Geschäftsstelle: E. Heinatz, Neukölln, Weiserstr. 9.

Oertliche Turnvereine. 2. Bezirk: Buch (Rich. Henning, Königstr. 249). — Borsigwalde (Paul Schmidt, Räuschestr. 17). — Buch (K. Blaer, Gutenbergstraße 5). — Heiligensee (R. Treffling, Führstr. 21). — Pankow (A. Kramm, Mühlenstr. 30). — Reinickendorf (K. Weißmann, Reinickendorf-West, Antonienstraße 61). — Schönholz (J. Eufe, Reinickendorf-Ost, Bürgerstr. 22). — Tegel (P. Bobbe, Buddestr. 9). — Waidmannslust (R. Döring, Waidmannstr. 5). — Weißensee (E. Frommholz, Pistorinstr. 17). — Wittenau (E. Behnke, Bahnhofstraße 34). — 3. Bezirk: Spandau (M. Reichert, Kurstr. 2). — Staaken (R. Fuhs, Spandauer Str. 44). — 4. Bezirk: Friedenau (A. Böhme, Fröbelstraße 7). — Groß-Lichterfelde (W. Bräuer, Lankwitz-Süd, Blankenhainer Str. 3). — Lankwitz (M. Dobber, Marienfelder Str. 8). — Lichtenrade (P. Behrendt, Viktoriastr. 4). — Marienfelde (F. Bruckmann, Berliner Str. 47). — Schmargendorf (O. O'Kelly, Kösener Str. 1). — Steglitz (F. Klewitz, Althoffstr. 1). — Teltow (F. Bielke, Breite Str. 8). — Wilmersdorf (S. Teller, Berlin, Kottbuser Ufer 25). — Zehlendorf-Dahlem (F. Möller, Zehlendorf-West, Alsenstr. 80). — 5. Bezirk: Wahlsdorf-Biesdorf (A. Rosenkranz, Wahlsdorf, Treskowstraße 45). — Adlershof (K. Kuhnert, Kronprinzenstr. 5). — Alt-Glienicke (P. Banske, Timbernstr. 54). — Johannisthal (K. Katha, Kaiser-Wilhelm-Straße 6). — Lichtenberg (W. Lübke, Berlin O. 34, Barbaganer Str. 16). — Niederschöneweide (M. Dehmel, Rudower Str. 14). — Oberschöneweide (G. Siede, Elsbetstr. 2). — Stralau (F. Börner, Krachtstr. 5). — Treptow (F. Krüger, Baumschulenweg, Kiefholzstraße). — Biesdorf (A. Prätzel, Dorfstraße, Schloß). — Bohnsdorf (L. Dorner, Privatstr. 35). — Buckow b. Berlin (A. Geebach, Chausseestr. 15). — Köpenick (M. John, Flemmingstr. 1). — Friedrichshagen (E. Winkelmann, Scharnweberstr. 120). — Grünau (O. Damm, Kurfürstenstr. 8). — Mahlsdorf (E. Witt, Müllerstr. 27). — Neukölln-Britz (O. Wilke, Kaiser-Friedrich-Str. 61).

Fußball.

Der Fußballsport ist in ganz Deutschland durch den Arbeiter-Turn- und Sportbund organisiert. Das Reichsgebiet ist in Unterverbände eingeteilt, die zunächst die Verbandsmeisterschaft und später die Bundesmeisterschaft austragen. Interessenten wollen sich an P. Schmidt, Arbeiter-Sport, Köpenicker Str. 108, wenden.

Weiteres Adressenmaterial der Arbeitersportverbände veröffentlichen wir im nächsten „Vorwärts-Arbeitersport".

Der Leipziger Sportfilm. Die jetzt überall stattfindenden Filmvorführungen vom 1. Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig bieten allen Interessenten, die nicht selbst diesem größten der bisherigen Sportfeste beiwohnen konnten, gute Gelegenheit, noch nachträglich das Imposante und Große des Festes zu bewundern. Wir sehen den gewaltigen Festzug der 120 000, die 16 000 Freiübungsturner, das Nachtturnen, Frauenturnen, einige Darbietungen der Ausländer, die allein mit 15 000 Genossen vertreten waren, die Leistungen der Schwimmer, die Massenspeisung sowie den Wirtschaftsbetrieb. Dazu kommen dann hervorragende sportliche Einzelleistungen. Alles das, was sich an den vier Festtagen dort ereignet hat, zieht wie im Fluge noch einmal an uns vorüber. Da auf einen Massenbesuch dieser Vorstellungen gerechnet wird, so sind die Eintrittspreise sehr gering festgesetzt. Vereine, die diesen Film zur Aufführung bringen wollen, können sich an das Filmhaus Kitzsche, A.-G., Berlin, Friedrichstr. 23, wenden.

„Freie Schwimmer Neukölln". Sonntag, 10. September, findet im Sommerbad am Britzer Dühnhafen großes Kinderfest statt. — Der erste Badeabend im Stadtbad findet nicht am 5., sondern 12. September, abends 7—8½ Uhr, statt.

Segelsport.

Wettsegeln auf dem Müggelsee.

Der Segelsport findet in den Arbeiterkreisen immer mehr Eingang. Mit Liebe hängen sie an den oft von ihnen selbst gebauten Booten. Und sie verstehen ihre Boote in den Wellen zu meistern und verlieren keinen Augenblick die Herrschaft über sie. Es ist erstaunlich, welches Maß von Kraft und Ausdauer sie bei beschränkter Zeit aufzuwenden vermögen, um sich für die Regatta vorzubereiten. Das bewies am Sonnabend und Sonntag die vom Wettsegelverband auf dem Müggelsee veranstaltete Segelregatta. Der Start konnte diesmal nicht vom Müggelschlößchen stattfinden, weil der Deutsche Seglerbund bereits den Startplatz belegt hatte. Pünktlich um 3 Uhr wurde am Restaurant Rübezahl von der 51-Quadratmeter-Klasse das Startband passiert und in drei Minuten Abstand folgten die übrigen Klassen bis herab zu den Wanderjollen. 76 Segel, die dem Arbeitersport angehörten, schwammen im Verlauf einer halben Stunde auf dem See. In einer anfangs guten Brise, die die Boote leicht an den Wind legten, zogen sie in weiten Feldern zur Wendeboje. Allen voran der „Maikäfer" von Bergmann, der in der stärksten Klasse auch den Sieg leicht an sich reihen konnte. Die schnellen Jollen zogen leicht und geschmeidig ihre Bahn. Eintretende Flauten zwangen zeitweilig zum Kreuzen, bis der Wind plötzlich aus dem Westen aufspringend das Rennen zu Ende führen konnte. Es war ein imposanter Anblick, wie die Masse der Segler um die Zielboje wendete und damit in die Ziellinie einkehrten. Am Richtertisch hatte man alle Hände voll zu tun, um die schnell einlaufenden Boote zu zeiten. Am Anlegesteg wurden die Sieger beglückwünscht und wenig später lagen die schlanken Boote abgetakelt und vertaut und schaukelten sich in dem Element, das sie in denkbar kürzester Zeit durchpflügt hatten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

3. Kreis (Wedding). Achtung, 17., 18., 21. und 22. Abt.! Heute, Dienstag, 7 Uhr Versammlung sämtlicher Elternbeiräte und Kandidaten in der Schule Müller- Ecke Triftstraße, Zimmer 4. Ausgenommen die 6., 35., 301., 308. und 312. Gemeindeschule.

7. Kreis (Charlottenburg). Mittwoch 7½ Uhr in der Aula des Schillergymnasiums, Schillerstr. 28, Versammlung aller orientierten Elternbeiräte und Kandidaten der Schulen Charlottenburgs. Wichtige Tagesordnung!

9. Kreis (Wilmersdorf). Mittwoch 8 Uhr im Stadthaus, Joachimsthaler Straße, Saal 4, wichtige Besprechung des Kreisausschusses für Arbeiterwohlfahrt betreffs Neubesetzung der städtischen Wohlfahrts- und Jugendkommissionen.

11. Kreis (Schöneberg-Friedenau). Zeitungskommission! Heute, Dienstag, 8 Uhr Sitzung bei Obst Nachf., Martin-Luther-Str. 69. Erscheinen der Abteilungsleiter dringend notwendig, da äußerst wichtige Tagesordnung.

Heute, Dienstag, den 5. September:

Jungsozialisten Lichtenbergs! 7 Uhr im Jugendheim, Parkaue 10, Vortrag: „Walter Rathenau", Ref.: Kurt Wegener.

Mittwoch, den 6. September:

76. Abt. (Dahlem). 8 Uhr Restaurant Schilling, Königin-Luise-Str. 42: Sitzung.

82. Abt. (Steglitz). 8 Uhr Funktionärsitzung bei Kaje, Körnerstr. 45. Hierzu müssen sämtliche Bezirksfunktionäre und die Vorsitzenden der Ausschüsse erscheinen.

83. Abt. (Lichterfelde). 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Gesangssaal des Realgymnasiums, Drakestr. 72. (Nicht in der Oberrealschule!) Thema: „Das Reichsmietengesetz". Ref.: Genosse Felgentreu.

89. Abt. (Neukölln). Die Funktionärsitzung fällt aus.

103. Abt. (Oberschöneweide). 8 Uhr Mitgliederversammlung in der Kottmeyer-Schule, Eingang Frischenstraße. Vortrag: „Valuta und Volkswirtschaft".

141. Abt. (Rosenthal). 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Mildrodt, Kronprinzen-Ecke Wolderseestraße.

•

3. Kreis (Wedding). Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde! Sonntag, 10. September, Ausflug mit den Kindern nach Pichelsberge, Lokal „Zum alten Freund". Treffpunkt Gruppe Humboldthain: an der Himmelfahrtskirche (Brunnenstraße), Gruppe Schillerpark: Schul- Ecke Müllerstraße pünktlich 7 Uhr morgens. Mundvorrat und Trinkbecher sind mitzubringen.

Wetter bis Mittwoch mittag. Ein wenig wärmer, ziemlich heiter, im Süden teilweise noch stärker bewölkt. Meist trocken bei mäßigen, vorherrschend nordöstlichen Winden.

26. Deutscher Ortskrankenkassentag.

SPD. **Karlsruhe,** den 3. September.

Im Festhalle-Saal zu Karlsruhe wurde am Sonntag vormittag 10 Uhr die von allen Teilen Deutschlands, auch dem Saargebiet, sowie den abgetretenen Gebieten Danzig und Oberschlesien beschickte 26. Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen eröffnet. Anwesend sind 1200 Delegierte, die über 500 Ortskrankenkassen vertreten. Der Verband repräsentiert eine Kassenzahl von 1530, die insgesamt 9½ Millionen Mitglieder faßt. Die Behörden und Organisationen haben zahlreiche Vertreter entsandt.

Der Verbandsvorsitzende **Fräßdorf,** Präsident des Sächsischen Landtages, begrüßt die anwesenden Delegierten und Gäste und gedenkt der dahingeschiedenen Mitarbeiter des Verbandes, darunter des wertvollen Beraters Dr. Blaschko. Hierauf erfolgen Begrüßungsansprachen der Gäste. — Verbandsvorsitzender Fräßdorf dankt für die Wünsche und weist unter Betonung der Schuldlosigkeit des jetzt sich selbst regierenden deutschen Volkes am Kriege — die einstmals führenden Regierungspersönlichkeiten befinden sich ja teilweise gar nicht mehr auf deutschem Gebiet — darauf hin, wie sehr durch die Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse

das Volksleben und die Krankenversicherung gefährdet

wird. Die Krankenkassen sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Wenn ihnen neue Lasten auferlegt werden, müssen ihnen entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir verlangen, daß uns in diesen schwierigen Zeiten die Hände freigegeben werden, um rasche Maßnahmen treffen zu können. Gerade in dieser Richtung liegt der Schwerpunkt der Tagung. Weiter müssen wir die Forderung der Zentralisation der Krankenkassen erheben. Wir müssen uns mit Schärfe gegen den Separatismus unter den Krankenkassen, vor allem gegen die Ersatzkassen, wenden. Hier muß der Reichstag das Interesse der Ortskrankenkassen wahrnehmen. Wir fordern die

restlose Beseitigung der Ersatzkassen.

Vor allem muß es den Krankenkassen freigegeben werden, ob sie die ärztliche Hilfe in natura oder in Barleistung gewährleisten wollen. Wir verkennen nicht, daß diese Frage schwierig ist, aber es handelt sich hier um eine Notwendigkeit. Hierdurch wird ein erträgliches Verhältnis zu den Aerzten herbeigeführt. Im Vordergrund steht der Zwang, die deutschen Krankenkassen durch die Fährnisse dieser Zeit zu bringen, wobei wir unsere Hoffnung auf die kommende Reichstagstagung setzen.

Nach Bildung des Bureaus, wobei Hof-Karlsruhe und Morgenstern-Berlin zu Vorsitzenden gewählt wurden, wurde in den geschäftlichen Teil eingetreten.

Geschäftsführer **Lehmann-Dresden**

gibt den Geschäftsbericht, wobei er eingangs erklärt, daß der Zusammenschluß der Krankenkassen in eine große Organisation eine Lebensfrage darstellt. Die Heilmittelvertriebsgesellschaft hat eine ganz außerordentliche Entwicklung angenommen. Der Hauptverband ist der Ansicht, auch der weiteren wirtschaftlichen Tätigkeit der Krankenkassen Aufmerksamkeit zuwenden zu müssen. Auch dem Arzneimarkt ist größte Beachtung zu schenken. Neben der Prüfungsstelle für Arzneirechnungen ist eine solche für Arztrechnungen zu errichten. Die Forderung einer einheitlichen Gebührenordnung für die Aerzte scheint weitgehend bzw. ganz in Erfüllung zu gehen. Schwierigkeiten bestehen bei Verhandlungen mit den wirtschaftlichen Verbänden der Zahnärzte. Notwendig ist, daß sich die Kassen erneut damit befassen,

Vereinbarungen über gemeinsame Abkommen

zu treffen. Mit besonderem Nachdruck müssen wir verlangen, daß nicht die Krankenkassen zum Packesel aller sozialen Lasten gemacht werden. Wir müssen uns dagegen wenden, daß ihr die wertvollsten Risiken weggenommen werden. Wir können keine Zersplitterung der Krankenkassen im Augenblick brauchen, in dem sie sich kaum mehr am Leben erhalten können. Die Novelle zur Reichsversicherungsordnung läßt eine Reihe von uns geäußerter Wünsche vermissen. Wir haben in dieser Hinsicht zahlreiche Anregungen gegeben, mit denen sich der Reichstag befassen muß. Die Vergütung für die Einziehung der Sozialversicherungsgebühren ist so niedrig, daß sie vervielfacht werden müßten. Die Landesversicherungsanstalten sollten den Krankenkassen eine andere Behandlung zuteil werden lassen. Die bisherige Behandlung lassen wir uns nicht mehr weiter gefallen. Den Krankenkassen muß infolge der Geldentwertung der letzten Wochen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Einnahmen entsprechend zu erhöhen. Die Ausgaben für Sachleistungen haben sich gewaltig gesteigert. Dagegen sind

die Krankengelder viel zu niedrig.

Wenn sich die Versicherten über die zu niedrigen Leistungen der Krankenkassen an Krankengeld beschweren, so ist darauf hinzuweisen, daß dies nicht Schuld der Krankenkassen ist, sondern einer verfehlten Gesetzgebung. **Es muß die sofortige Möglichkeit einer Beitragserhöhung gegeben werden, weil sonst eine Katastrophe droht.** Ein Höchstsatz des Grundlohns mit 180 M. genügt nicht mehr. Wird nicht sofort eingeschritten, so stehen viele Kassen vor der Gefahr, schließen zu müssen. Die Höchstsatzgrenze sollte überhaupt beseitigt werden. Weiter ist die Erhöhung der Versicherungsgrenze für Angestellte notwendig. Wichtig ist auch die Krankenhausfrage. Die Krankenhaus-Verpflegungssätze übersteigen heute die Ausgaben für ärztliche Behandlung, weshalb sich die Kassen mit dieser Frage gründlich befassen müssen. Den Krankenkassen muß Gelegenheit gegeben werden, die Ausgaben der Krankenhausverwaltung nachzuprüfen. Die Stadtverwaltungen haben die Pflicht, die Krankenhäuser zu unterhalten und sind nicht berechtigt, diese Lasten den Krankenkassen aufzubürden. Bezüglich der Entschädigungsfragen ist man gegenüber den Beratungen im Zentralverband der Angestellten zu der Auffassung gekommen, daß eine bezirkliche Regelung einer zentralen Regelung vorzuziehen ist.

In der Aussprache

wünscht **Hauck**-Düsseldorf, daß Härten bei der Umgestaltung vermieden werden. Er verlangt den Zusammenschluß aller Ortskrankenkassen und fordert Einbeziehung des Mittelstandes in die Versicherungspflicht. **Wagner**-Mainz fordert gleichfalls Zentralisation der Krankenkassen. — **Wittenberg**-Königsberg verlangt vom Hauptverband schärfere Bekämpfung der Ersatzkassen und wünscht Eingreifen der Regierung.

In seinem Schlußwort bestreitet **Lehmann-Dresden,** daß der Hauptverband in der Ersatzkassenfrage nicht genügend zur Abwehr getan habe. Die Kassen müssen den Vorstand in dieser Frage unterstützen, woran sie es haben fehlen lassen. Der Hauptvorstand erstrebt

eine Vierwochengrenze für die Zahlungen

der infolge der Grundlohnerhöhung zu zahlenden höheren Leistungen. Beklagenswert ist die häufig anzutreffende Engherzigkeit und Kleinlichkeit mancher Oberversicherungsämter als Aufsichtsbehörde der Kassen. Die Oberversicherungsämter Dresden, Groß-Berlin und Erfurt zeichnen sich darin besonders aus. Die wohlwollende Kritik der Diskussion beweist die Zustimmung zur Tätigkeit der Geschäftsleitung.

Prof. Dr. **Wintz**-Erlangen hält nunmehr seinen Vortrag über die Röntgentherapie, die, wie er hervorhebt, als junge Wissenschaft um ihre Anerkennung ringt.

Hierauf vertagt sich die Versammlung auf Montag früh.

*

Zur heutigen Lage der Sozialversicherung machte Präsident Dr. Kaufmann vom Reichsversicherungsamt auf dem Karlsruher Ortskrankenkassentag folgende bemerkenswerte Ausführungen: Wollen wir die Sozialversicherung durch die Stürme der Zeit durchretten, so müssen wir zwischen dem gewaltig vermehrten Fürsorgebedürfnis und den immer knapper werdenden Mitteln zu seiner Befriedigung einen Ausgleich finden; müssen uns bemühen, unter Verzicht auf liebgewordenes Gut das für den Wiederaufbau des Volkes Wertvollste zu retten. Diese harte Notwendigkeit trifft ebenso das materielle Versicherungsrecht wie den organisatorischen Aufbau. Es ist das eines der schwierigsten Probleme, die bei der Reform unserer Sozialversicherung zu lösen sind. Während für eine Neuregelung des materiellen Versicherungsrechtes neuerdings manche Voraussetzungen erfreulicherweise geklärt wurden, blieben wir bezüglich der umstrittenen Organisationsfragen immer noch in theoretischen Erwägungen stecken. Aus diesen die Streitpunkte herauszuheben und sie auf den Boden praktischer Erfahrungen zu stellen, ist dringend geboten; sonst kommen wir in naher Zukunft nicht zu einer wirklich zeitgemäßen neuen Reichsversicherungsordnung. Präsident Kaufmann wies dabei in erster Linie den Versicherungsträgern selbst die Initiative zu. Sie erscheinen ihm in erster Linie dazu berufen, möglichst ungestört durch Anordnungen vom grünen Tisch, behutsam tastend, wohlgefügtere Verbindung bringen und für die Zukunft eine zeit- und kraftvergeudende Zersplitterung beseitigen zu können. Diese bedeutsame Arbeit möchte er Arbeitsgemeinschaften der Versicherungsträger anvertraut wissen. Diese könnten am ehesten durch praktische, den tatsächlichen Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßte Vorkehrungen die geeignetste Form für eine planvolle wirtschaftliche Gemeinarbeit der Versicherungsträger und für die dementsprechende einfachste und billigste Art der Organisation finden. Bei Lösung dieser Aufgaben würden den mit den breiten Schichten der Bevölkerung eng verbundenen und von ihrem besonderen Vertrauen getragenen Krankenkassen eine maßgebende Mitwirkung zufallen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Volksbühne Norden. Mitgliederversammlung heute, Dienstag, 7 Uhr in der Aula der 5. Gemeindeschule, Pankow, Wollankstr. 135. Dr. Siegfried Nestriepke, Generalsekretär des Volksbühnenverbandes, spricht über: „Wege und Ziele der Volksbühnenorganisationen".

Bei Korpulenz — Fettleibigkeit sind Dr. Hoffbauers ges. gesch. Entfettungs-Tabletten ein vollkommen unschädlich u. erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schilddrüse. Kein Abführmittel. Ausf. Broschüre gratis. Elefanten-Apotheke SW 19, Leipziger Str. 74, Dönhoffpl.

Unreines Blut
Zur Ausscheidung krankhafter Stoffe aus Blut u. Säften, bei offenen Füßen u. gegen Hautunreinigkeiten ist Blutreinigungspulver Sallarin seit über 30 Jahren wirksam erprobt. M. 15,00, 3 Dosen 42,50 Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

300 Mk. zahlen wir wenn nicht sofort Erfolg
Flöhe (Brut), Läuse, Wanzen vernichtet. Schwaben, Holzwurm, Ratten, Mäuse. Zu haben in allen Apotheken u. Drogerien.

Suche zur Selbstverwertung
Edelsteine und Edelmetalle
zu höchsten Preisen
G. Schliephacke, Juwelier
Friedrichstraße 210
Ecke Kochstraße

Fahrradankauf, höchstzahlend, Gitschinerstraße 78.

Ueberall in Zigarrengeschäften erhältl. ist der echte Kapitän-Kautabak nur mit Zetteleinlage (Rollen, Schleifen, Stangen, Twist). Verkaufsstellen durch Carl Röcker, Lichtenberg. Str. 22 (Kgst 3961)

Technikum Strelitz (Mecklenburg)
Maschin.- u. Elektrotechn., Hoch- u. Tiefbau, Beton- u. Eisenbau, Wintersem. Anf. Okt. Näher. s. Progr. 2 Bahnstd. v. Berlin.

Passage-Bad Kottbuser Damm 79
vollständ. renov., verabreicht folgende Bäder: Wannen-, Sol-, Fichtennad.-, Stahl-, Russ.-röm., Schwefel-, Kohlensäure-, Licht-, Lohtannin-, Dampfkasten-, sowie sämtliche medizinischen Bäder
Liefer. sämtl. Krankenkassen
Russ.-röm. Bad f. Dam. Mittw. 10-1

Zähne von 40 M. an mit erstkl. Ausführ., Teilzahl. Spez. Zähne ohne Gaumenplatte
Hempel Lindenstr 220, nahe Schönh. Tor. 9—7, Sonntag 10—12

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe
sowie sämtl. Altmetalle kauft zu Engrospreisen
Roseneck, Berlin O,
Schreinerstraße 32 (Laden)
1 Minute vom Bhf. Frankf. Allee
Fahrgeldvergütung
Größtes Absatzgebiet für Händler

Opernhaus
7½ Uhr:
Carmen

Schauspielhaus
7½ Uhr:
Torquato Tasso

Deutsch. Theat.
8 Uhr: Das Glas Wasser
Mittwoch 8: Das Glas Wasser

Kammerspiele
7½: Die Jungfern vom Bischofsberg
Mw. 7½: Die Jungfern vom Bischofsberg

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7¼: Orpheus in der Unterwelt
Mw. 7¼: Orpheus in d. Unterwelt

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Th. i. d. Königgrätzer Str. tägl. 8 Uhr

Komödienhaus
Karussell
mit Maria Orska

Berliner Theat.
Voranzeige:
Sonnab. 9.9. Premiere
Madame **Pompadour**
Operette v. Schanzer und Welisch.
Musik von Leo Fall.
Fritzi Massary a. G.
R. A. Roberts, E. Wirl, L. Haskel, Charl. Ander, E. Behmer, R. Kold, Lene Holstein.

Central-Theater
8 U. **Ein Prachtmädel**
Deutsch. Opernhaus
7½ Uhr: **Das Rheingold**
Friedrich-Wilhelmst. Th.
8 U.: Wie fessle ich meinen Mann
Große Volksoper
im Theat. d. Westens
7½ U. Die Entführung aus d. Serail
Intimes Theater:
8: Die Peitsche und? — Lauf doch nicht immer nackt herum
Lustspielhaus
7½ Uhr: Schule der Kokotten
Metropol-Theater
7½ Uhr **Die Bajadere**
Neues Operett.-Th.
7¾ U. **Die tolle Lola**
Neues Th. am Zoo
8 U.: **Scampolo**
Neues Volkstheater
7½ Uhr **Die erste Geige**
Schiller-Th. Charl.
8 Uhr: **Die Ehre**
Thalia-Theater
7½ Uhr **Prinz Don Juan**
Th. a. Nollendorfpl.
7¾ U. **Dein Mund ...**
Theater am Kurfürstendamm Kurfürstendamm Nr. 208
8 Uhr: Die kleine Sünderin
Theater in d. Kommandant. Str.
8: Liebe u. Trompetenblasen
Wallner-Theater
8 Uhr: D. keusche Lebemann

Residenz-Th.
Täglich 8 Uhr:
Hanneles Himmelfahrt
mit
Carola Toelle

Trianon - Th.
Täglich 8 Uhr:
Der große Erfolg
Hans Albers
Wilh. Bendow in
Das kleine Schokoladenmädchen

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Totentanz
Irene Triesch
Paul Bienfeld
Harry Moss

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
8 U.: Der selige Hallodrinsky
7¾: Die Liebesprobe

Casino-Theater
8 Uhr: Die Berliner Pflanze
Lämmelmanns Bummelfahrt

Urania
8 Uhr:
Einstein-Film

SCALA
Tägl. 8 Uhr
Internat. Varieté

Der große Sternfilm

Der Graf von Charolais

Regie: Karl Grune

Uraufführung
Freitag, den 8. September
in der
ALHAMBRA
Kurfürstendamm 68
Erscheint im Verlag der
Nationalfilm A.-G.

NATIONAL

Luna-Park
Generaldirektion Siegbert Goldschmidt und Max Goldberg
Heute
Volkstag
Doppel-Konzert
Musikdirektor Fritz Brase
Kapellmeister Loewenthal
Groß = Feuerwerk

Volksbühne
7½ Uhr:
Verschwender

Lessing - Th.
Sommerspielzeit.
Allabendl. 8 Uhr:
Der Schildpattkamm

Deut. Künstler-Th.
Sommerspielzeit
Allabendl. 8 Uhr:
„Die erste Nacht"

Berliner Prater-Th.
Kastanienallee 7-9.
Persönl. Gastspiel
Bernhard Rose in:
Nur nicht drängeln
u. Das deutsch. Lied
Beginn 5 Uhr.

WINTERGARTEN
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Reichshallen-Th.
Allabendl. 7½ Uhr
Sonntag nachm. 3 U. halbe Preise
STETTINER Säng.
D Onkel-Breff'l
Anf. 7½ U.

Theat. a. Kottbus. Tor
Moritzplatz 16077
Jeden Abend 7¾ U. und Sonntag nachm. 3 Uhr
ELITE-Sänger
Volkspreise!
Vorvkf. 11-1½ u. 4-6

BTL
Potsdamer Str. 38
Friedenau, Rheinstr. 14
Im Glutrausch der Sinne II. Teil
Turmstr. 12
Alexand.-Pl.-Pass.
Herzog Ferrantes Ende

Krause Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstraße

Suchen Sie Verbindungen in Amerika?

Amerikanische Bankiers und Kaufleute werden sich gern mit Ihnen über die amerikanischen Handelsverhältnisse unterhalten und über die Möglichkeiten, für Sie ein Geschäft in Amerika aufzubauen.

Und auf Ihrer Reise nach Amerika werden Sie sich der bequemen Einrichtungen erfreuen können, welche Ihnen auf den Dampfern der United States Lines geboten werden.

Sie werden auf Ihrer Reise Amerikaner treffen, welche diese schönen, ruhig laufenden Dampfer mit Vorliebe benutzen wegen der grossen, gut ventilierten Zimmer, der guten Bedienung, der vorzüglichen Küche und Gelegenheit sowohl für gesellschaftliche Betätigung als auch zur Ruhe.

MAESSIGE FAHRPREISE!

Bedienung durch deutschsprechendes Personal!

Wenden Sie sich an die untenstehende Adresse wegen Segellisten und Schiffsplänen. Nr. 32.

UNITED STATES LINES
BERLIN W 8, Unter den Linden 1
NW 40, Invalidenstraße 93
und alle bedeutenden Reisebureaus.
Norddeutscher Lloyd, Bremen
General-Vertretung
C 161

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend
Trauringe
1 Ring Dukatengold v. M. 1350 an
1 Ring 585 gestempelt v. M. 1000 an
ges. gesch. 1 Ring 333 gestempelt v. M. 650 an
H. Wiese, Juwelier Berlin N, Artilleriestr. 30 / Berlin W, Passauer Str. 12
Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt
Telegr.-Adr.: Trauringkanone Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Achtung! **Kunstgewerbe.** Achtung!

Donnerstag, den 7. September, nachmittags 4½ Uhr, im **„Alexandriner"**, Alexandrinenstr. 37a (Saal 1):

Versammlung

aller Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben des Berliner Kunstgewerbes, deren Inhaber Mitglieder des Verbandes Berliner Kunstgewerbebetriebe (E. V.) sind.

Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnverhandlung vom 6. September. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, 7. Septbr., nachm. 5 Uhr, in den **Residenz-Festsälen**, Landsberger Straße 31:

Branchenversammlung
der Emaillierer und verwandter Berufe.

Tagesordnung: 1. Bericht über unsere Lohnverhandlungen. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Vertrauensleute tagen um 4½ Uhr im selben Lokal.

Achtung! **Innungsschmiede.**

Donnerstag, 7. Septbr., abends 7 Uhr, in der **Schulaula**, Koppenplatz 12:

Vollversammlung
aller Kollegen der Innungsbetriebe.

Tagesordnung: 1. Bericht und Stellungnahme zu der letzten Lohnverhandlung. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, 7. September, abends 7 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**, Engelufer 24/25 (Saal 10):

Branchenversammlung
der Bauanschläger.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Lohnverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Jeder Kollege muß anwesend sein. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Rennen zu Grunewald
Dienstag, den 5. Sept.
nachm. 2 Uhr

Verkäufe

Getragene Friedensanzüge, große Auswahl, zum Teil auf Seide, sehr billig, jede Figur passend, auf Lager. Frack-, Smokinganzüge. Schnurmacher, Stalitzer Straße 108 Laden. Hochbahn Oranienstr.

Anzüge, Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Hosen, Damenmäntel enorm billige Preise. Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 203/204, Ecke Rosenthalerstraße. •

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten, spottbillige Sommerpreise. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/204, Ecke Rosenthalerstraße. •

Anzüge, Gummimäntel, Wintermäntel, Damenmäntel spottbillig Leihhaus, Reinickendorferstr. 105 (Nettelbeckplatz). Keine Lombardware. •

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Anzüge, Schlüpfer, Paletots. Pelzwaren-Gelegenheitskäufe: Sportpelze, Gehpelze, Katzenjacken, Füchse aller Art. Keine Lombardware. •

Wintermäntel, Neuheiten, 1850, hellfarbige, dunkelfarbige Modellstoffe, Ulster, Kostüme, Röcke, reinwollene Strickjumper. Riesenauswahl. Direkt Werkstatt, Allmann, Rosenthalerstraße 44 III, Hackeschermarkt. •

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7, verkauft spottbillig erstklassige Anzüge, Schlüpfer, Katzenjacken, Sportpelze, Gehpelze, Füchse aller Art. Keine Lombardware. •

Kreuzfüchse, Pelzwaren spottbillig, Leihhaus, Reinickendorferstraße 105 (Nettelbeckplatz). •

Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Füchse und Pelze aller Art enorm billig. Spitzer, Kommandantenstraße 28 II. •

Herrlicher Rotfuchs 475.—, Kreuzfuchs, Silberwolf, selten groß. Opossum-Kragen 580.—, Herrenpelzkragen 275.—, Viele Gelegenheitskäufe. Badenschestraße 19 II, Nähe Bayerischerplatz. •

Staunenerregend! Kreuzfüchse, Silberfüchse, Rotfüchse, Alaskafüchse, Zobelfüchse, Opossum, Wölfe, Skunkse. Riesenauswahl! Fabelhaft billige Sommerpreise! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus Warschauerstraße 7. Nur neue, keine Versatzwaren! •

Kreuzfüchse 400.—, Zobelfüchse, Silberfüchse, Blauwölfe. Täglicher Riesenverkauf zu Sensations-Sommerpreisen. (Keine Versatzware.) Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof — Hochbahnhof). •

Bettwäsche billig! Trotz Warenmangel noch Riesenauswahl. Äußerst preiswerte Angebote. Deckbettbezüge von 675.—, 850.—, Bettlaken 875.—, Federdichte Inlette 1375.— an. Prima Ueberschlaglaken, Plümos, Paradekissen, Wäschestoffe, Dimitt, Züchen, Handtücher enorm billig. Zuvorkommende, fachmännische Bedienung. Hotels, Anstalten Rabatt. Stumpe u. Jäger, größte Bettwäsche-Spezialfabrik, Kottbuserdamm dreiundsiebzig, Landsbergerstraße achtundachtzig. •

Silberfüchse, Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Zobel-, Alaskafüchse, Skunks, Marder enorm billig. Pelzmäntel, Sportpelze, Gehpelze. Ferner: Herrenanzüge, Ulster, Cutaways, Kostüme, Mäntel verkauft Leihhaus, Moritzplatz 58a. Keine Lombardware. •

Gelegenheitskäufe in Bettwäsche spottbillig: Bettbezüge, Linon, Dimitt, Damast, Züchen, Handtücher, Wäschestoffe, Hemden, Beinkleider, Riesenauswahl. Teppiche, Gardinen, Brücken, Diwandecken, Tischdecken, fertige Betten. Keine Lombardware. Nur im Wäschehof, Leihhaus Moritzplatz 58a. •

Teppiche, herrliche Persermuster, Diwandecken, Brücken, billige Gelegenheit. Reschke, Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 5 III. 181/17

Gardinenverkauf. Künstlergardinen, weiß, creme, bunt, Fenster, dreiteilig 380, 500, 650, 725 bis 1800 Mark. Stores, Bettdecken, Madrasgardinen, Gardinenstoffe, Mull, Etamine, Leinenportieren, Zuggardinen, Tischdecken, Diwandecken usw., weit unter Ladenpreis. Wizniker, Wichertstr. 73 I. Kein Laden, am Ringbahnhof Schönhauserallee, Hochbahnhof Nordring. Fahrtvergütung. 1/38/8*

Wintermäntel 650.—, vorjährig. Plüschmäntel, Modellneuheiten, Astrachanmäntel spottbillig. Kallweit, Charlottenburg, Bismarckstr. 50 II. •

Pelzgelegenheitskauf! Silberwolf, Kreuzfuchs, selten schön, Opossumschal, echten Skunkskragen, bildschöne Katzenjacke, Sportpelz, verkauft billig Feige, Brüderstr. 42 II (Schloßplatz). •

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl, konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstraße 5, direkt Rosenthalertor. •

Gardinenverkauf. Riesenauswahl eleganter Künstlergardinen, Etamin, Madras, Erbstüll, Englischtüll, Halbstores, Tüllbettdecken, feinste Meterware, Spannstoffe, Tischdecken, Messingstangen. Gardinenhaus Roick, Sebastianstraße 24, zweite Etage, nahe Moritzplatz, Spittelmarkt. Fahrtvergütung. •

Silberwölfe, Silberfüchse, Weißfüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Sealmäntel, Bibermäntel außergewöhnlich billig. Riesenlager. Gelegenheiten. Sie finden, was Sie suchen, gut und billig. Mauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, Alexanderplatz. •

Geschäftsverkäufe

Gute Existenzen mit Tausch von 30 000.— und höher. Sprenger u. Radolski, Luxemburgerstraße 6.

Zigarrengeschäft, tauschlos. Existenz 30 000.—. Sprenger u. Radolski, Luxemburgerstraße 6.

Möbel

Chaiselongue 850.—, Metallbetten 825.—, Spiralmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett. Meicke, Augustſtr. 32a, Quergebäude. •

Im großen Möbelkeller, wenig Miete, daher preiswert Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen, auch Einzelmöbel. Schriftliche Garantie. Schatz, Brunnenstraße 160. Achtung! Eingang Anklamerstraße. 172/1*

Möbel-Goebel, Moritzplatz 58, Fabrikgebäude. Gediegene Wohnungseinrichtungen zu denkbar niedrigsten Preisen. Riesenauswahl in Nußbaummöbeln, eichenen Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Küchen, Polstermöbeln.

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen. Walter, Stargarderstraße achtzehn. •

Chaiselongue, Chaiselonguedecke 250.—, Auflegematratzen, wunderbare Wandbehänge. Polsterer, Pappelallee 12.

Möbelkredit bei kleinster An- und Abzahlung. Komplette Wohnungs-Einrichtungen, eichene Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Görisch, Stralauer Platz 1—2, Ecke Fruchtstraße, am Schlesischen Bahnhof. •

Musikinstrumente

Klaviere 12 500.— aufwärts, Flügel 19 600.— an. Rodenstein, Münzstr. 10.

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35. •

Grammophone, trichterlose, Eichenapparate, Trichterapparat, 10 Platten, 2000.—. Seltene Gelegenheiten. Zwitzers, Charlottenstr. 74—75. •

Kaufgesuche

Säcke kauft Beyer, Gollnowstr. 9. •

Klaviere, Flügel, Perserteppiche sucht beinorend Herer, Pallasstr. 9 (Anruf: Kurfürst 9104). •

Ankauf von Gold-, Silberbruch, Platin, alte Münzen, Bruch. Höchstzahlend. „Berolina", Landsberger Straße 59. •

Korbflaschen und Steinkruken kauft Germania-Versandhaus, Große Frankfurter Straße 63. Königstadt 6304. •

Grammophone, Grammophon-Platten, auch alte, zerbrochene, kaufe Stück 30 Mark. Zwitzers, Charlottenstr. 74/75, Zentrum 15183.

Fahrradankauf, Linienstraße 19. 1492*

Maschinenschrauben, Muttern kauft Albrecht, Reinickendorfer Straße 10. •

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 1428*

Zahngebisse, Zahn bis 2000.—! Platinbruch, Goldsachen, Silbersachen! Stanniolpapier! Quecksilber! Glühstrumpfasche bis 900.—! Zinn! Zinngeschirr! kauft Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 (auf Hausnummer achten!). •

Kokoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin-, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik, Brunnenstraße 108.

Lax, Alexander Str. 8a, kauft Brismengläser, Wäsche, Stoffe, Gardinen, Garderoben, Partiewaren.

Schallplatten, Kilo 160.— zahlt Weselok, Friedrichstr. 9.

Pistolen, höchstzahlend, Rose, Gollnowstraße 16.

Weinflaschen! Kaufe jeden Posten Weinflaschen, Sektflaschen, Kognakflaschen, Weißbierflaschen sowie sämtliches Altpapier, Zeitungen, Bücher, Skripturen, Alteisen. Hole ab. Ziendahl, Blumenstraße 17, Königstadt 7968.

Sektkorke, Weinkorke, Staniole kauft jeden Quantum Brand, Linienstr. 201a, Laden (Rosenthaler Tor).

Säcke, höchstzahlend! Packleinen, Garne kauft Märkische Sackhandlung, Georgenkirchstraße 58. Lützow 8361. •

Spulendrähte, Kabel, Litzen, Motore, sämtliches Installationsmaterial kauft Hinz, Elsasser Str. 75a. Nord 4083. •

Stellmacher stellt ein
NAG
Oberschöneweide

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

Geschäftsankäufe

Flüchtlinge suchen Existenzgeschäfte, Grundstücke durch Degen, Chausseestraße 116. Anrufen Norden 62. •

Dringend! Geschäfte, tauschlos, auch mit Grundstück gesucht. Radolski, Luxemburgerstraße 6.

Unterricht

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Ronnderstr. 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau. Abendlehrgänge, Tageslehrgänge. •

Verschiedenes

Rechts-Spezialist für Miets- und Wohnungsrecht (Beschlagnahme, Räumung, Höchstmiete), Gerichtsstraße 31 (Nettelbeckplatz).

Gewissenhafte Untersuchung. Erfahrene Hebamme Eckel, Bülowstr. 62. •

Vertrauensvolle Auskunft, Arzt, erfahrene Hebamme Hildesheim, Lothringerstraße 34/35 (Stettiner Bahnhof). •

132 000 Ratsuchende! Vereinigung der Rechtsfreunde: nur Friedrichstraße 127. Anerkannte Prozeßabteilung. 9—7.

Geldverkehr

Sofort Geld, Ratenrückzahlung. Pügner, Große Frankfurterstr. 141. •

Geld sofort. Ratenrückzahlung. Krampitz, Linienstr. 88 (Rosenthalerpl.). •

Sofort Geld, Ratenrückzahlung. Milton, Lichterfelderstr. 33. Belle-Alliancestraße. •

Vermietungen

Mietgesuche

Möblierte Zimmer, Bureauräume, Kochstuben, gesucht, „Merkur", Libauerstraße vierzehn, Wienerstraße acht. •

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Aelterer Mann zum Kühehüten und -füttern, und Dienstmädchen, welches melken kann, sofort gesucht. Förster Kl.-Wubow b. Hochzeit, Kreis Arnswalde (N.-M.). 183/3

Stenotypistin sowie Buchhalterin, jüngere, sucht Versicherungsgeschäft Kleinmichel, Schöneberg, Kolonnenstr. 66.

Dauerstellung

Akquisiteure von zwei gut eingeführten **Tageszeitungen** zu sof. gesucht. Sehr hohes Einkommen (bis 50 000 M. monatlich). Offerten mit Lichtbild und Zeugnissen an die Inseratenexpedition E. Fichter, Trier, Gödenstr. 10, umgehend erbeten. 196/8

Botenfrauen und Männer

Die jetzigen Löhne sind dreimal so hoch als im Mai. Es stellen sofort ein folgende Ausgabestellen:

Ackerstr. 174 (Koppenplatz)
Prinzenstraße 31 Hof
Bärwaldstraße 42
Steglitzer Straße 37
Lausitzer Platz 14/15
Petersburger Platz 4
Neukölln, Neckarstr. 2 u. Siegfriedstr. 28/29
Oberschöneweide, Mathildenstr. 5
Schöneberg, Belziger Straße 27
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 13
Treptow, Kiefholzstr. 18b (Laden).
Lichtenberg, Sieste, Wartenbergstr. 1

Einrichter
für Pittler- und Loewe-Revolverdrehbänke, sowie
Revolverdreher u. Werkzeugdreher
313 stellt ein
NAG
Oberschöneweide

Nach Polen:
Tüchtige Tischler
für dauernde Arbeiten
Heizer
Bildhauer
Tapezierer
in dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn gesucht.
Fr. Hege
Kunstmöbelfabr.
Bromberg, Bydgoszcz

Tüchtige, branchekundige
Verkäufer
für
Kleiderstoffe
sofort gesucht
Meldungen: 12—2 Uhr mittags
5—7 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Kottbuser Damm 1

Tüchtige, branchekundige
Verkäuferinnen
für
Herrenartikel
und
Kleiderstoffe
sofort gesucht
Meldungen: 12—2 Uhr mittags
5—7 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Kottbuser Damm 1

Neuregelung der Beamtenbezüge.

Am Montag nachmittag 2 Uhr begannen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Spitzenorganisationen über eine Neuregelung der Bezüge für die Beamten, Angestellten und Staatsarbeiter. Bei Redaktionsschluß waren die Verhandlungen noch nicht beendet.

Zur Bekämpfung des Wuchers.

Am Montagabend fand unter Vorsitz des Oberbürgermeisters von Berlin im kleinen Stadtverordnetensitzungssaal eine Besprechung mit den Vertretern des Kleinhandels statt, an der auch Vertreter des Städtetages und der Wucherpolizei teilnahmen. Der Vertreter des Kleinhandels erklärte, daß wegen Behinderung eines Verbandsvertreters die übrigen Vertreter anfangs glaubten, die Besprechung verschieben zu sollen, daß sie aber selbst den größten Wert darauf legten, sich mit der Stadtverwaltung über die schwebenden Fragen der Preisbildung auseinanderzusetzen. Die Redner gaben eine Reihe von Beispielen über die augenblicklichen Großhandelspreise, auf Grund derer der Kleinhandel seine Verkaufspreise aufbauen müsse. Der Kleinhandel sei sich seiner Verantwortung an der Preisbildung gegenüber den Verbrauchern in dieser Zeit wirtschaftlicher Not voll bewußt. Die vom Großhandel zugesagte Zusammenarbeit mit dem Magistrat bei der Preisbildung werde auch vom Kleinhandel angenommen werden. Ueber die Einzelheiten sollen unverzüglich Verhandlungen erfolgen.

Gegen die Likördielen.

Die Preußische Regierung hat am Montag an die Regierungspräsidenten und an sämtliche Ortspolizeiverwaltungen eine Verordnung erlassen, die den Zweck verfolgt, eine weitere Vermehrung der Schankstätten im Interesse der Allgemeinheit zu vermeiden. Die Bedürfnisfrage für neue Schankstätten soll nach dieser Verordnung grundsätzlich verneint werden. Nur in ganz besonders gearteten Ausnahmefällen kann mit Genehmigung des Regierungspräsidenten, dem vorher zu berichten ist, von einer grundsätzlichen Verneinung abgewichen werden. Sollte von den Kreis- und Stadtausschüssen entgegen dem Gutachten der Ortspolizeibehörden trotzdem die Konzession erteilt werden, dann müssen die Ortspolizeibehörden in jedem Falle das zulässige Rechtsmittel unter gleichzeitigem Bericht an den Regierungspräsidenten einlegen.

Diese Verordnung der Preußischen Staatsregierung könnte insofern Enttäuschung erwecken, als sie nicht im geringsten auf die Schlemmerlokale Bezug nimmt. Wie wir aber erfahren, ist eine derartige Verordnung, die sich hauptsächlich gegen Sekt- und Delikatessenlokale richtet, in Ausarbeitung und wird in den allernächsten Tagen der Oeffentlichkeit unterbreitet werden.

Die Umgebung des Kaisers.

Aus Doorn wird wieder einmal irgendeine amerikanische Schwindelnachricht — oder war es Reklame? — berichtigt. Dabei erfährt die Oeffentlichkeit zugleich, welche Offiziere seit 1918 bei Wilhelm von Doorn Dienst getan haben. Es sind: v. Plessen, Generaloberst a. D.; v. Loewenfeld, General der Infanterie a. D.; v. Gontard, v. Chelius, Generalleutnants a. D.; v. Rebeur-Paschwitz, v. Trotha, Vizeadmirale a. D.; Graf v. d. Goltz, v. Mutius, v. Dommes, Graf v. Spee, v. Estorff, Generalmajore a. D.; v. Tschirschky, Oberst a. D.; v. Dommes, Graf v. Moltke, Oberstleutnants a. D.; v. Berg, Niemann, Majore a. D.; Freiherr v. Sell, Boehm, v. Ilsemann, Hauptleute a. D. Zahlte Wilhelm für diese Herren den Unterhalt? Wenn ja, dann muß er finanziell doch ganz „leidlich" fundiert sein. Wenn nein, wer zahlt dann?

Keine religiöse Beeinflussung in sächsischen Schulen. Das sächsische Kultusministerium hat verordnet, daß in der Schule jede religiöse Beeinflussung außerhalb des Religionsunterrichts unterbleiben soll. Andachten, Gebete und kirchliche Lieder sind daher nur in den Religionsstunden zulässig. Schulfeiern und andere Veranstaltungen der Schule dürfen keinen kirchlichen oder religiösen Charakter tragen, sondern sind so zu gestalten, daß es jedem Lehrer und jedem Schüler möglich ist, ohne Gewissensbedenken an ihnen teilzunehmen.

---

zur Verfügung gestellt. Außer den regelmäßigen Untersuchungen erfolgt eine besondere Beobachtung aller kranken und kränklichen Kinder. Durch diese Maßnahmen wurde sowohl bei den Eltern wie auch bei den Lehrern ein ständig zunehmendes Interesse an der Gesundheit der Kinder hervorgerufen. Von den untersuchten 2 400 000 Kindern wiesen 47,9 Proz. Schädigungen irgendwelcher Art auf, und zwar waren am gesündesten die Kinder in kleineren Städten, während die Landkinder und die Industrie- und Großstadtkinder ungefähr auf der gleichen Stufe standen. Bei den Landkindern ergab sich der größte Prozentsatz an Nasen- und Halskrankheiten. 70 Proz. aller Kinder mußten wegen schlechter Zähne behandelt werden, was wohl auf den großen Verbrauch von billiger Schokolade und Süßigkeiten in England zurückzuführen ist. Die Zahl der Kinder, die an Abnormitäten leiden, betrug über 164 000; davon sind 37 000 geisteskrank, 36 000 Krüppel, 6500 epileptisch, je 6000 blind und taub.

Die Notlage des russischen Schulwesens. Der Volkskommissar für Bildungswesen, Lunatscharski, fordert in den Moskauer „Iswestija" sofortige energische Maßnahmen zur Hebung des Bildungswesens; zu diesem Zwecke müßten dem Bildungskommissariat vor allem hinreichende Kredite gewährt werden, ferner müsse das Kommissariat möglichst eng mit dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei verbunden werden. Auch der ganze Bildungsapparat müßte richtig organisiert werden, was bisher nicht geglückt sei. Zum Schluß betont Lunatscharski, das völlige Fehlen lokaler Geldmittel und das Ausbleiben der Zuschüsse der Zentralverwaltung lasse Rußland in eine wahrhaft asiatische Barbarei versinken: das Land drohe selbst unter das Niveau der elementarsten Lese- und Schreibkundigkeit zu sinken.

Die „Iswestija" bringen die Resultate der aus Sparsamkeitsrücksichten erfolgten Verringerung des Schulnetzes in 27 Gouvernements und 5 autonomen Gebieten des europäischen Rußlands und in Westsibirien; danach ist die Gesamtzahl der Elementarschulen von 47 189 auf 40 287, der Lehrkräfte von 100 709 auf 88 618, der Schüler von 3 869 752 auf 2 852 676 zurückgegangen, die Zahl der Mittelschulen von 1922 auf 1383.

Die dritte Kieler Herbst-Woche für Kunst und Wissenschaft wurde eröffnet. Sie soll dem Bestreben dienen, zum deutschen Wiederaufbau auch Steine aus dem Schatze unserer reichen Kultur zusammenzutragen. Allen künstlerischen Darbietungen, sei es auf dem Gebiete des Theaters, der Musik oder des Vortrags, liegt diesmal ein gemeinsamer Gedanke: der der Romantik zugrunde. Namhafte deutsche Künstler und Künstlerinnen wirken bei den Festspielen und den Weihekonzerten mit. Gelehrte von Ruf kommen in einer Reihe von Vorträgen zu Worte und sehenswerte Ausstellungen der Malerei und des heimatlichen Kunstgewerbes vervollständigen das Programm.

Das Programm der Robert-Bühnen. Zu Ehren Hauptmanns werden die beiden neuen Robert-Bühnen (Schloßpark-Theater, Großes Haus und Kleines Haus) mit dem „Armen Heinrich" und „Fuhrmann Henschel" eröffnet. Es folgen „Crainquebille" von Anatole France; „York" von Ernst Lissauer; „Mahl der Spötter" von Sem Benelli; „Josepine" von Hermann Bahr; „Schwärmer" von Robert Musil u. a. Die Winterspielzeit der Tribüne wird mit einer Uraufführung von Franz Wedekind „Sonnenspektrum" (aus dem Nachlaß) eröffnet.

Theaterchronik. Die Eröffnung der Winterspielzeit im Theater Folies Caprice findet am Freitag, 8. September, ½8 Uhr, statt.

Grenzfragen in Oberschlesien.

Aus Hindenburg O.-S. wird uns geschrieben:

Am Montag, den 28. August 1922, fand an der Grenze unseres Kreises mit der Interalliierten Grenzfestsetzungskommission eine Sitzung statt. Vertreter des Kreises der interessierten Kommunen, der Bergbehörde sowie der Arbeiterorganisationen, Betriebsräte und Abordnungen von Flüchtlingen, die hier eine neue Heimat gefunden haben, nahmen daran teil.

Die Polen verlangen die staatlichen Bergwerke, Delbrückschächte Makoschau und das Ostfeld der Königin-Luise-Grube.

Bei der vorläufigen Grenzfestsetzung wurden beide Anlagen zu Deutschland geschlagen. Ostfeld liegt inmitten der deutschen Gemeinde Zabrcze, die Delbrückschächte in der Gemeinde Hindenburg, aber so, daß Beamtenhäuser und das Zechenhaus auf Gebiet der polnischen Gemeinde Makoschau fallen. Sämtliche Betriebsanlagen, Förderschächte, Kokerei, Separation, Benzolfabrik und Verladebahnhof, liegen in der Gemeinde Hindenburg.

Der Vertreter der Gemeinde Hindenburg O.-S. wies darauf hin, daß von den 5200 Arbeitern der Delbrückschächte und der mit ihr verbundenen Guidogrube 3600 in Hindenburg wohnen, die über 12 000 Angehörige haben. Von den Gewerbesteuern bringt die Anlage allein 46 Proz. der Gesamteinnahme auf. Eine Abschneidung bedeute also den Zusammenbruch der Gemeinde Hindenburg. Der Vertreter der Gemeinde Zabrcze konnte nachweisen, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der Arbeiterschaft im polnischen Gebiet wohne und eine Abtrennung des Ostfeldes den vollkommenen Ruin der Gemeinde bedeute, da das verbleibende Westfeld fast völlig abgebaut ist und in Kürze zur Einstellung gelangen muß.

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen und der Betriebsräte wiesen auf Grund der Stimmenzahlen bei den Betriebsrätewahlen nach, daß 70 bis 80 Proz. der Belegschaften deutsch seien.

Auf der Delbrückanlage wurden von 2600 Mann Belegschaft über 2000 Stimmen für die deutsche Liste abgegeben. Die Polen enthielten sich der Stimme.

Die Vertreter der Flüchtlinge machten darauf aufmerksam, daß sie hier eine neue Heimat gefunden haben und daß der Verlust der beiden Anlagen neues Elend über 6000 Menschen bringen würde.

Der hiesigen Bürgerschaft und besonders der Arbeiterschaft hat sich eine begreifliche Erregung bemächtigt, bedeutet doch ein Verlust der beiden großen Anlagen für Tausende von Familien eine Vernichtung der Existenz.

Die Polen bestehen auf der Zuteilung und begründen diese damit, daß ohne sie die kleinen Gemeinden Kunzendorf, Paulsdorf und Makoschau nicht lebensfähig sind. Es ist zwar Tatsache, daß diese Gemeinden seit ihrer Abschnürung unter großem Nahrungsmittel-, besonders Kohlenmangel zu leiden haben, Arbeitslosigkeit droht seinen polnisch gesinnten Einwohnern nicht, da sie sowohl auf der großen früher staatlichen Bielschowitzgrube sowie auch auf den großen Ballestremschen Werken Graf Franz und Wolfganggrube evtl. auch in Knurow, die alle sehr nahe gelegen sind, Arbeit finden.

Die Regierung wird alles aufbieten müssen, um dieses neue Unrecht abzuwenden. Gefahr besteht, denn auf einer bei den Verhandlungen vor dem Dolmetscher liegenden Karte ist die Grenze bereits rot eingezeichnet und schneidet die gesamte Delbrückanlage zu Polen.

Auch die Arbeiterorganisationen werden beim „Internationalen Arbeitsamt" wegen dieser neuen Gewalttat rechtzeitig energisch Protest erheben müssen.

*

Die polnische Gesandtschaft in Berlin teilt mit, daß der polnische Bevollmächtigte für die am 6. September beginnenden deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen Minister Olszowski aus Warschau in Berlin eingetroffen ist und sich heute nach Dresden begibt.

Neuregelung der Gesundheitspflege?

Die Frage der Volksgesundheit erfordert angesichts der steigenden Not immer mehr die Aufmerksamkeit der Regierung. In der Förderung der Kranken-, Säuglings- und Wochenpflege wird ein Schritt vorwärts getan sein, wenn endlich einmal die reichsgesetzliche Regelung auf diesen Gebieten durchgeführt sein wird. Bisher ist diese Regelung infolge der verschiedenartigen Ansichten der Landesregierungen zunächst hinausgeschoben worden. Das Reichsministerium des Innern ist aber, wie uns mitgeteilt wird, nach wie vor für eine reichsgesetzliche Regelung der ernsten Frage. Auch Preußen ist für eine solche. Erhebliche Bedenken werden nur von Württemberg und Bayern erhoben. Diese Bedenken laufen auf die Befürchtung hinaus, daß die charitativen Organisationen durch die reichsgesetzliche Regelung in ihrer Tätigkeit und in ihrem Wirkungskreis beeinträchtigt werden könnten. Man befürchtet, die reichsgesetzliche Regelung bringe eine Abkehr von den charitativen Verbänden und drücke die Krankenpflege zu einem bloßen Gewerbe herab.

Die Befürworter der reichsgesetzlichen Regelung sind der Auffassung, daß diese Bedenken Bayerns und Württembergs Berücksichtigung verdienen, daß aber nach einer solchen Berücksichtigung der reichsgesetzlichen Regelung nichts mehr im Wege stehe. Man rechnet damit, daß bei der neuen Aussprache gegen Ende dieses Jahres, zu der Vertreter der Länder, der Organisationen der Krankenpflege, des Roten Kreuzes, der charitativen Verbände eingeladen werden, ein gangbarer Weg zur reichsgesetzlichen Regelung gefunden wird. Diese bringt u. a. den Vorteil mit sich, daß die schärferen und klaren Bestimmungen verschiedener Länder über die Zulassung zur Krankenpflege für das ganze Reich bindend werden. Heute ist die Frage: „Wo beginnt die Krankenpflege, wo hört sie auf?" noch nicht klar beantwortet. Ist der Personenkreis des Krankenpflegepersonals einmal scharf umrissen, dann müssen natürlich Uebergangsbestimmungen dafür sorgen, daß die Teile des Pflegepersonals, die ausscheiden, nicht plötzlich brotlos gemacht werden.

In der Zwischenzeit wird das Reich darangehen, die Neuregelung des ärztlichen Studiums in die Wege zu leiten. Zu diesem Zweck ist für den November d. J. eine Zusammenkunft von Vertretern der Länder und der Organisationen der Aerzteschaft, der medizinischen Fakultäten, der Medizinstudierenden und der Krankenversicherungen vorgesehen.

Wien ohne Zeitungen.

Wien, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen mit den Buchdruckern haben sich heute um ½9 Uhr zerschlagen, worauf die Buchdrucker auch den Streik auf Zeitungen ausdehnten, so daß ab Dienstag in Wien keine Zeitung erscheint.

Der Volkskommissar der russischen Sowjetrepublik für auswärtige Angelegenheiten Georg Tschitscherin, der seit Genua den Ruf eines klugen Diplomaten besaß, veröffentlicht im „Acht-Uhr-Abendblatt" einen ersten Artikel zur Verteidigung des Schreckensurteils gegen die russischen Sozialrevolutionäre. Wir behalten uns ein Eingehen auf die einzelnen Behauptungen Tschitscherins vor, zumal ein Schlußartikel noch bevorsteht.

Wirtschaft

Krisenzeichen.

Die Berichte, welche die preußischen Handelskammern über den Geschäftsgang von Handel und Industrie im August dem Handelsminister erstattet haben, beschäftigen sich durchweg mit der Wirkung des Kurssturzes der Mark. Diese unterscheidet sich nicht unwesentlich von der der vorjährigen, freilich weniger umfangreichen Entwertung der Mark. Jeder Rückgang der Auslandsbewertung der Mark wirkte sich diesmal viel schneller als im Vorjahre auch im Inlande aus.

Von den Preisen der ausländischen Rohstoffe und der Nahrungsmittel ausgehend, ergriff nach jedem neuen Marksturz die Teuerungswelle den ganzen Bereich der Warenpreise. Diesen folgten schneller als im Vorjahre Löhne und Gehälter nach. Während aber im Vorjahre die Erhöhung der Preise zu einer starken Ausdehnung der Produktion und zu großen Auftragsbeständen führte, die zum Teil bis heute auf bedeutender Höhe gehalten werden konnten, so hat sie diesmal wohl zu einer sprunghaften Steigerung der Nachfrage nach vorhandenen Waren aller Art geführt, so daß wieder, wie im Vorjahre, die Verkaufsläden geräumt sind, aber statt an eine Ausdehnung der Erzeugung wird diesmal an Einschränkungen der Geschäftstätigkeit gedacht, da eine uneingeschränkte Fortführung der Betriebe Geldmittel erfordern würde, für deren Beschaffung bisher noch nicht Rat gefunden ist. Die Geldbeschaffung ist zurzeit das zentrale Problem von Handel und Industrie, ohne dessen Lösung ein schwerer Zusammenbruch der Wirtschaft um so mehr unvermeidlich erscheint, als der infolge der seit Jahren andauernden Preiserhöhungen längst erwartete Rückgang der Kaufkraft nunmehr in vielen Geschäftszweigen wirklich einzutreten beginnt. Insbesondere im Nahrungs- und Bekleidungsgewerbe wird unabhängig von der Geld- und Kreditfrage mit erheblicher Minderbeschäftigung infolge Rückganges der kaufkräftigen Inlandsnachfrage gerechnet.

Aus den Einzelberichten sei hervorgehoben:

In der Steinkohlenförderung des Ruhrgebiets trat schon vor den Beginn der Ueberschichten eine Besserung ein — arbeitstäglich wurden 10 000 Tonnen Kohle und 1700 Tonnen Koks mehr produziert als im Vormonat. Die Versorgungslage, besonders beim Hausbrand, bleibt besorgniserregend. Aus den Ueberschichten erwartet man eine Mehrförderung von 1,3 Millionen Tonnen monatlich.

Während die Mark sank und es immer schwieriger wurde, Auslandserze zu kaufen, waren die Siegerländer Eisensteingruben teilweise genötigt, Erze auf Lager zu stürzen, weil die nötigen Wagen nicht gestellt wurden. Man rechnet hier mit Stillegungen.

Kali fand im In- und Ausland guten Absatz.

Die Großeisenindustrie verfügt noch über genügend Aufträge, verzeichnet aber bereits den Rückgang neuer Auftragserteilungen. Die Preisentwicklung muß nach Ansicht der Handelskammer zum Zusammenbruch führen, da die Eisen verarbeitende Industrie und die Kundschaft sich unmöglich so schnell der Geldentwertung anpassen können. Eine schwere Geldknappheit stehe bevor, und der September werde vielleicht schon den Rückschlag bringen.

Metallwalzwerke klagen über das Heraufschnellen der Preise, das wachsende Betriebsmittel erforderlich macht. Die Maschinenfabrikation hat noch genügend Aufträge, vermißt aber Auftragserteilungen aus dem Ausland. Nach Lokomotiven ist auffallend geringe Nachfrage, die Aufträge sind in den letzten 25—30 Jahren nie so spärlich eingegangen wie jetzt. Der Absatz elektrotechnischer Erzeugnisse läßt infolge der Geldknappheit nach.

In der Tuchindustrie, bei den Spinnereien und in der Leinenindustrie befürchtet man lebhaft Rückschläge und Betriebseinschränkungen. Aus der Konfektion wird flotter Geschäftsgang gemeldet.

Teerfarbstoffe waren ausreichend, pharmazeutische Erzeugnisse rege verlangt. Man klagt in der chemischen Industrie über Rohstoffmangel.

Lebhafte Nachfrage wird für die Zementindustrie, für Erzeugnisse der Industrie der Steine und Erden, auch für die Spiegel- und Drahtglasindustrie gemeldet. Nach Holz ist die Nachfrage so stark, daß am Markt der Laubhölzer die Preise für den deutschen Konsum unerschwinglich geworden sind. Die Papierindustrie klagt über Mangel an Kohle und Zellstoff.

Aus der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel meldet man, daß der Absatz an Speiseölen und Fetten zurückging, weil die Hauptabnehmerin, die Margarineindustrie, mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen habe.

Gegen die Ueberschwemmung mit Valutaaufkäufern. Die sächsische Regierung hat, wie bekannt, bei der Reichsregierung dringende Vorstellungen erhoben und verlangt, daß die Gesandtschaft in Prag mit dem Sichtvermerk der Ausstellung von Pässen nach Deutschland nicht mehr so freigebig wie bisher verfahren soll. Auch aus Baden sind ähnliche Vorstellungen bei der Reichsregierung eingelaufen. Wie der „Soz. Parlamentsdienst" erfährt, haben die zuständigen Reichsbehörden bereits vor dem Eintreffen der Klagen aus Baden und Sachsen ein Rundschreiben fertiggestellt, das die deutschen Gesandtschaften anweist, bei der Ausstellung von Sichtvermerken soviel als möglich Zurückhaltung zu üben. Die Einreiseerlaubnis soll allen jenen Personen versagt werden, bei denen der Verdacht besteht, daß sie nur zum Zweck der Warenschiebung die deutsche Grenze überschreiten wollen. Beim Eintreffen der Klagen aus Sachsen und Baden sind die Gesandtschaften sofort und direkt im Sinne des Rundschreibens informiert worden.

Deutsch-Schweizerisches Versicherungsabkommen. Zwischen der schweizerischen und der deutschen Regierung ist ein Abkommen zustande gekommen, das eine gemeinsame Hilfe der beiden Regierungen für die infolge der Währungsverpflichtungen in Schwierigkeiten geratenen Lebensversicherungsgesellschaften vorsieht. Das Abkommen bedarf der Genehmigung des Deutschen Reichstags und des Bundesrats.

Devisenkurse.

	4. September		2. September	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
100 holländische Gulden . .	55930.—	56070.—	51985.—	52065.—
1 argentinischer Papier-Peso	528.82½	529.67½	486.87½	488.12½
100 belgische Frank	10761.50	10788.50	9937.55	9962.45
100 norwegische Kronen . .	24119.80	24180.20	22247.15	22302.85
100 dänische Kronen	30861.85	30938.65	28764.—	28836.—
100 schwedische Kronen . . .	38152.25	38247.75	35455.60	35544.40
100 finnische Mark	3171.—	3179.—	2816.40	2853.60
1 japanischer Yen	696.10	697.90	639.20	640.80
100 italienische Lire	6367.—	6383.—	5892.60	5907.40
1 Pfund Sterling	6516.80	6533.20	5967.50	5982.50
1 Dollar	1458.17	1461.83	1348.31	1351.69
100 französische Frank . . .	11375.75	11404.25	10436.90	10463.10
1 brasilianischer Milreis . .	192.75	193.25	173.78	174.22
100 Schweizer Frank	27665.35	27734.65	25518.05	25581.95
100 spanische Pesetas . . .	22421.90	22478.10	20699.05	20750.95
100 österr. Kronen (abgest.)	1.83	1.87	1.90½	1.94½
100 tschechische Kronen . . .	4968.75	4981.25	4414.45	4425.55
100 ungarische Kronen . . .	61.42	61.58	59.92	60.08
100 bulgarische Lewa . . .	848.90	851.10	749.05	750.95

100 Polenmark galten etwa 18 M.

Gewerkschaftsbewegung

Die Ortsausschüsse im Jahre 1921.

In dem organisatorischen Aufbau der Gewerkschaften nehmen die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine wichtige Stelle ein. Früher, als diese örtlichen Zusammenschlüsse noch als Gewerkschaftskartelle bezeichnet wurden, waren es lockere Gebilde; der 1919 in Nürnberg abgehaltene Gewerkschaftskongreß hat ihnen ein festeres Gepräge gegeben. Das nach der Revolution eingetretene gewaltige Wachsen der freien Gewerkschaften hat auch die wirtschaftliche und soziale Machtstellung der Ortsausschüsse ungemein gestärkt, damit aber auch zugleich ihren Aufgabenkreis erweitert. Ueber die Tätigkeit der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und ihre Bedeutung legt diese Jahresstatistik, erschienen in Nr. 34 des „Korrespondenzblattes" vom 2. September 1922, beredtes Zeugnis ab.

Die nach dem Ausbruch der Revolution eingetretene starke

Aufwärtsbewegung

der Ortsausschüsse hat sich auch im Jahre 1921 fortgesetzt. Die Zahl der Ortsausschüsse am Jahresschluß betrug 1314, sie ist gegen das Vorjahr um 176 gestiegen. Leider ist keine diesem Zuwachs entsprechende Mehrbeteiligung der Ortsausschüsse an der Statistik zu verzeichnen. So bedauerlich der starke Ausfall an berichtenden Ortsausschüssen auch ist, so werden davon die Gesamtzahlen im Verhältnis zu ihrer Größe wenig berührt. Den an der Statistik beteiligten 1021 Ortsausschüssen waren 1921 angeschlossen 14 089 (1920: 13 498) Gewerkschaften mit zusammen 5 994 156 (6 089 755) Mitgliedern, 1 275 823 (1 269 306) weibliche. Gegenüber dem Vorjahre wurden zwar 543 Gewerkschaften mehr, dagegen 95 599 Mitglieder weniger gezählt. Während das Mehr an Gewerkschaften auf den größeren Kreis von berichtenden Ortsausschüssen zurückzuführen ist, erklärt sich die geringere Zahl der Mitglieder dadurch, daß der Verband der Angestellten nur zum geringen Teil von der Statistik erfaßt wurde. Dieser Verband ist am 1. Oktober 1921 aus dem ADGB. ausgeschieden, was auch den Austritt seiner Zweigvereine aus den Ortsausschüssen bedingte. Von der Gesamtzahl der Mitglieder der Zentralverbände, die nach der Gewerkschaftsstatistik Ende 1921 7 751 957 betrug, sind von der Ortsausschußstatistik 5 994 156 Mitglieder, reichlich drei Viertel, erfaßt worden.

Gegenüber dem Vorjahr weist das Jahr 1921 keine erheblichen Veränderungen der Größenverhältnisse der Ortsausschüsse auf. Von den 38 größten Ortsausschüssen hatten 1921 über 100 000 Mitglieder die eingeklammerten Zahlen sind die des Vorjahres):

Berlin 609 945

(701 695), Hamburg 235 186 (259 440), Leipzig 162 190 (158 932), Dresden 160 718 (160 786), Köln 124 871 (132 581). München 121 549 (121 188), Chemnitz 112 327 (118 646), Frankfurt am Main 102 645 (127 339). Bei einem Teil dieser größten Ortsausschüsse ist gegen das Vorjahr eine erhebliche Verminderung der Mitglieder festzustellen. Ihre Ursache liegt in dem Ausscheiden des Angestelltenverbandes, der an den größten Orten am stärksten vertreten war.

Die Gesamtzahl der von den Ortsausschüssen unterhaltenen Arbeitersekretariate betrug am Schlusse des Berichtsjahres 151 gegen 134 im Vorjahre. Das Bestehen einer Rechtsauskunftsstelle, die nur ehrenamtlich oder im Nebenamt geführt wird, geben 290 Ortsausschüsse an. Zu den kostspieligsten Einrichtungen der Ortsausschüsse gehören die Gewerkschaftshäuser. Von 97 Orten wurde das Bestehen von Gewerkschaftshäusern angegeben, davon werden 68 als Eigentum der Gewerkschaften bezeichnet. Restaurants besitzen 67, Bureaus 72, Versammlungsräume 80 und Herbergen 20 Gewerkschaftshäuser. Außerdem werden noch an sechs weiteren Orten Herbergen unterhalten. Weitere 25 Orte unterhalten eigene Versammlungssäle.

Ueber die Kassenverhältnisse berichten 978 Ortsausschüsse. Sie verzeichnen zusammen eine Gesamteinnahme von 22 222 655 M. (1920: 13 433 448 M.), davon flossen 17 382 866 M. (8 832 203 M.) aus Beiträgen. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 20 381 505 M. (1920: 12 215 539 M.), davon kommen auf die Posten: Agitation 920 203 M., Arbeitervertreterwahlen 474 189 M., Gewerkschaftshäuser 1 125 091 M., Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen 6 547 711 M.,

Bildungszwecke und Bibliotheken

1 541 257 M. und Jugendbildung 217 325 M. Die Ausgaben für Bildungszwecke, insbesondere für Jugendbildung, ist völlig unzureichend. Gerade auf diesem Gebiet müßte viel mehr als bisher getan werden.

Die Aufwendungen für das Betriebsrätesystem betrugen 1 947 499 M. und die Verwaltungen verursachten 3 845 678 M. Kosten. Zu der hier angegebenen Ausgabe für Sekretariate kommen noch weitere 333 252 M. hinzu, die nicht in den Kassenberichten der Ortsausschüsse enthalten sind. Es handelt sich hierbei um Sekretariate mit einer eigenen, vom Ortsausschuß völlig unabhängigen Kassenführung. 47 Sekretariate erhielten Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln im Gesamtbetrage von 341 602 M.

Nebenher laufen noch beträchtliche Summen an Sammlungen, die aus besonderen Anlässen unternommen und meistens in den Kassenberichten nicht aufgenommen wurden. Soweit Angaben darüber gemacht wurden, sind 1921 13 870 245 M. durch Sammlungen aufgebracht worden; sie betrafen besonders die Hilfe für die Hungernden in Rußland und Unterstützungen für die Opfer der schrecklichen Explosionskatastrophe in Oppau und des unglücklichen Märzputsches in Mitteldeutschland.

Aus dem Gesamtergebnis der Jahresstatistik für 1921 geht unverkennbar hervor, daß sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund trotz aller wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten auf der nach dem Ausbruch der Revolution erreichten Höhe gehalten hat.

Die Markentwertung im Saargebiet.

Dem noch in deutscher Mark entlohnten Teil der Saararbeiter und Angestelltenschaft sind durch den letzten Sturz der Reichsmark große materielle Schäden erwachsen. Es ist jetzt jedoch gelungen, neue Lohntarife mit dem Arbeitgeberverband der Saarindustrie abzuschließen, so daß die großen Spannungen zwischen Mark- und Frankenverdiensten einigermaßen ausgeglichen werden konnten. In der Fertigindustrie z. B. sind Stundenlöhne von 108 M. für gelernte und 99 M. für ungelernte Arbeiter vereinbart worden. Dazu kommen noch Akkordverdienste und Familienzulagen, so daß die Gesamterhöhung zwischen 160 und 170 Proz. schwankt. Den Angestellten wurden 166 Proz. auf die Juligehälter bewilligt; das bedeutet das Zweieinhalbfache der Julibezüge. Obwohl die Arbeiter- und Angestelltenschaft in Mark bezahlt wird, wie die Markwährung überhaupt außer bei der Post und der Eisenbahn maßgebend ist, versuchten einzelne Bäckerinnungen in letzter Zeit Brot und andere Backwaren nur noch in Franken abzugeben. Das führte zu einem Abwehrstreik der Käufer, so daß die Valutagewinnler bald eines Besseren belehrt wurden. Notgedrungen mußte z. B. die Bäckerinnung in Saarbrücken beschließen, daß, solange der Franken nicht allgemein eingeführt wird, sie ihre Erzeugnisse nur in Markwährung verkaufen werde.

Das Abstimmungsergebnis in der Metallindustrie.

Von der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird uns mitgeteilt:

Es haben abgestimmt	130 958
für Streik	71 297
gegen Streik	56 732
ungültige Stimmen	2 929

Das Metallkartell hat sich in seiner Sitzung mit dem Abstimmungsergebnis beschäftigt. Es hat unter Würdigung der Beschlüsse, die gefaßt wurden in der Funktionärversammlung, den Schiedsspruch für angenommen erklärt.

Am Mittwoch, 6. September, wird in den Vertrauensmännerkonferenzen des DMV. den Mitgliedern die Vereinbarung, welche mit dem VBMI. auf Grund des Schiedsspruches zustande gekommen ist, ausgehändigt werden. Wir machen darauf aufmerksam, daß in dieser Vereinbarung der Umrechnungsfaktor für die Akkordarbeiter enthalten ist.

Bis zum 17. September 1922 bleibt es den Firmen überlassen, ob sie die Akkorde sofort umrechnen oder einen festen Stundenzuschlag zahlen. Während der Umrechnungszeit ist der feste Stundenzuschlag für männliche Arbeiter 20 M., für Arbeiterinnen 15 M.

*

Die Berliner „Prawda" rempelt uns in ihrer bekannten rüpelhaften Weise an, als seien wir die Verantwortlichen für den Ausgang der Urabstimmung und wollten nur nachträglich so tun, als sei uns der Schiedsspruch unangenehm, während wir „vor der Abstimmung in der Berliner Metallindustrie . . . die Berliner Metallarbeiter absichtlich über die Tragweite der Streikablehnung hinwegzutäuschen" versucht hätten.

Unsere Leser wissen, daß wir im Morgenblatt vom 1. September unter dem Titel „Eine weittragende Entscheidung" eingehend die ganze Tragweite der Abstimmung klargelegt haben. Die „Rote Fahne" weiß das natürlich auch. Aber wenn sie nicht wider besseres Wissen täglich zweimal Stank und Zank in die Arbeiterschaft hineintrüge, würden ihre Moskauer Geldgeber bald die Hand auf der Tasche halten.

Die „Rote Fahne" weiß auch sehr wohl, daß die Sozialdemokraten diesen Schiedsspruch abgelehnt haben. Daß die Mehrheit für den Streik nicht ausreichend war, daran ist schuld, daß viele Metallarbeiter die Entbehrungen langer Streikwochen in dieser Zeit rasender Lebensmittelteuerung fürchten. Daran ist aber noch mehr schuld die Zerstörungsarbeit der sogenannten Kommunisten, die, statt systematische Aufklärungsarbeit zu ermöglichen, es dahin gebracht hat, daß die Mitglieder der Organisationen die Versammlungen meiden und in den Betrieben und Betriebsversammlungen sich meist über alles andere als über Wirtschaftsfragen im weiteren Sinne unterhalten.

Wenn aus der Abstimmung eine Lehre zu ziehen ist, so ist es diese: Laßt die angeblichen Kommunisten schimpfen. Seid einig und geschlossen, sorgt für Aufklärungsarbeit, damit die Scharte bald wieder ausgewetzt wird.

Der Streik in den Wurstfabriken geht weiter.

Vom Zentralverband der Fleischer wird uns geschrieben:

Das provokatorische Verhalten der Arbeitgeber vor dem Schlichtungsausschuß wurde von der streikenden Arbeitnehmerschaft der Branche mit verschärfter Fortführung des Streiks beantwortet.

Wenn die Bevölkerung Berlins in den nächsten Tagen mit Wurstwaren nicht im ausreichenden Maße versorgt wird, so trifft die Schuld hierfür einzig und allein die Arbeitgeber. Um den wahrheitswidrigen Angaben der Arbeitgeber entgegenzutreten, sei der Bevölkerung Berlins hierdurch mitgeteilt, daß der Spitzenlohn nach allen gesetzlichen Abzügen 1413 M. pro Woche betrug, während verheiratete Angestellte mit 5500 M. Monatsgehalt nach Hause gingen.

Die Firma Faupel u. Haake (Elsa-Werke), Britz, wird nicht bestreikt, weil sie die berechtigten Wünsche der Belegschaft voll erfüllt und für den Monat August allen Arbeitnehmern ihres Betriebes 1300 M. mehr gezahlt hat, als die übrigen Wurstfabrikanten, die der Arbeitgebervereinigung angehören. Wie wir soeben erfahren, finden am 5. September, abends 6 Uhr, vor dem Herrn Oberbürgermeister Einigungsverhandlungen statt. Wir sind zu Verhandlungen bereit. Die Arbeitgeber sollen sich aber nicht täuschen: die Streikenden kämpfen, um ihre gerechten Forderungen zur Erfüllung zu bringen.

Kommunistische Frühstücksagitation.

Unter diesem Titel ist in der Abendausgabe des „Vorwärts" vom 1. September eine Notiz erschienen, wonach auf der Baustelle Rotbart u. Co., Neukölln, Registrierkassenfabrik, der Vertrauensmann eine Rede gehalten hätte, daß jeder die „Rote Fahne" lesen müsse usw. Wie wir festgestellt haben, hat der Briefschreiber, der uns diese Mitteilung gemacht hat, den Namen eines unserer Genossen gefälscht und unter Mißbrauch dieses Namens falsche Angaben gemacht. Wir können nur bedauern, das Opfer eines Fälschers geworden zu sein, der kein Parteigenosse ist. Mit dieser Feststellung fallen alle Schlußfolgerungen der „Roten Fahne" in sich zusammen.

Transportarbeiterstreik in Sachsen.

Am Montag früh sind die Dresdener Transportarbeiter in den Ausstand getreten, da es nicht gelungen ist, die Unternehmer zu ausreichenden Zugeständnissen zu veranlassen. Damit hat der Streik der sächsischen Transportarbeiter, der in Leipzig begann, eine weitere beträchtliche Ausdehnung erfahren.

Amerikanische Streiks im Jahre 1921.

(FPS.) Nach einem Bericht des „National Industrial Conference Board" (einer Vereinigung von Unternehmern und Nationalökonomen) in New York haben in den Vereinigten Staaten während des Jahres 1921 1587 Streiks und 95 Aussperrungen stattgefunden, von denen 1 085 653 Personen betroffen wurden. Die registrierte Gesamtdauer von 1409 der Streiks und von 70 der Aussperrungen des letzten Jahres betrug 60 165 Tage, die Durchschnittsdauer der Streiks des Jahres 60 Tage. Die meisten Streiks fielen in das erste Halbjahr 1921, und zwar zweieinhalbmal so viele als in das zweite. Der größte Streik war der der Hafenarbeiter, der sich auf 140 000 Streikende und sämtliche wichtige Häfen der Vereinigten Staaten erstreckte. Unter den einzelnen Bundesstaaten entfielen die meisten Streiks usw. auf den Staat New York (359); es folgen Pennsylvanien mit 203 und Massachusetts mit 198; unter den Städten die meisten auf New York City mit 188, Chicago mit 89, Philadelphia mit 49 und Boston und 43 Streiks und Aussperrungen. Nach Beschäftigungsweisen geordnet steht mit 568 Streiks und Aussperrungen das Baugewerbe der Zahl nach weitaus voran; es folgen mit 473 Streiks usw. das Buchdruckerei-Verlagsgewerbe, mit 202 die Tuchwebereien und mit 183 die Metallindustrie. Die Streiks des Jahres 1922 werden, wenn nicht an Zahl der Streikfälle, so doch an Umfang die des Vorjahres weit übertreffen; betrug doch allein im Juli der tägliche Arbeitsentgang rund 10 000 000 Stunden.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin, Fraktion SPD. Mittwochabend 7 Uhr in den Prachtsälen Alt-Berlin, Blumenstr. 10, Versammlung. Vollzähliges Erscheinen aller Kollegen wird erwartet. Mitgliedsbuch und Parteiausweis legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Deutscher Werkmeister-Verband. Versammlung aller technischen Angestellten und Werkmeister der Zigarettenindustrie am Dienstag nachm. 5 Uhr im Restaurant „Zur Schleuse", Am Mühlendamm. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht!

AfA-Mitglieder der „Gesundheitsindustrie"! Mittwoch 7½ Uhr im „Weißen Saal" der „Sophiensäle", Sophienstr. 17/18: Versammlung.

Zentralverband der Angestellten. Papier, Graphisches Gewerbe: Mittwoch 7½ Uhr Fachgruppenversammlung in den „Musterfälen", Kaiser-Wilhelm-Straße 31. — **Zigarettenindustrie:** Donnerstag 7½ Uhr im „Reichshalle", Neue Königstr. 26: Mitgliederversammlung.

---

11. Verbandstag der Transportarbeiter.

Berlin, den 4. September.

2. Verhandlungstag.

Nach der vorliegenden Liste sind 533 305 Mitglieder durch 305 stimmberechtigte Delegierte vertreten. Außerdem sind 89 Delegierte mit beratender Stimme anwesend.

Nach Eröffnung der Sitzung erteilt der Vorsitzende zunächst dem als Gast anwesenden früheren Kollegen, jetzigen Oberpräsidenten von Schlesien, Hermann Jimmer das Wort, der dem Verband seinen wärmsten Dank für die Einladung zur Teilnahme an diesem Verbandstag ausspricht.

Nach ihm sprach Sabath als Vertreter des ADGB. und der Gewerkschaftskommission von Groß-Berlin.

Edo Fimmen-Amsterdam überbrachte die Wünsche von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation und vom Internationalen Gewerkschaftsbund. Der Redner wandte sich gegen den Vorwurf, daß der Internationale Gewerkschaftsbund seine Pflicht nicht erfüllt habe. Er wies auf den Boykott gegen die reaktionäre Regierung in Ungarn hin, der wenigstens einen Teilerfolg erzielt habe, trotzdem die sogenannten revolutionären Verbände den Boykott sabotierten. Ebenso war auch ein wesentlicher Erfolg zu verzeichnen, als die Amsterdamer Internationale sich dafür einsetzte, die Niederknüppelung Rußlands von dem durch die Entente unterstützten Polen zu verhindern. Durch Stillegung des Waffentransportes haben wir für Durchkreuzung dieser Pläne gesorgt, während die nach Moskau orientierten französischen Eisenbahner die Waffen für Polen nach Belgien hineinschafften haben. Es sind die belgischen Transportarbeiter gewesen, die dann den weiteren Transport verhinderten.

Als die Franzosen in das Ruhrgebiet einmarschieren wollten, war es wieder die Amsterdamer Internationale, die durch Androhung des Transportboykotts den Einmarsch verhindert hat.

Es ist

ein Verbrechen an der Arbeiterschaft

der ganzen Welt, wenn trotzdem fortwährend durch die mit einem roten Mäntelchen bekleidete neue russische Internationale versucht wird, die Aktionsführung der Amsterdamer Internationale zu schwächen: Haltet euren Verband geschlossen, sorgt dafür, daß dieses Gebäude nicht zerbröckelt und morsch wird. Deutschland geht wirtschaftlich zugrunde, wenn ihm durch das internationale Proletariat keine Hilfe kommt, helft mit uns die Waffen schmieden, mit denen wir den Kapitalismus niederringen können. Es lebe der Deutsche Transportarbeiterverband, es lebe die Internationale! (Lebhafter Beifall.)

Bernhard überbringt die Grüße des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Mahlmann-Antwerpen übermittelt herzliche Grüße der belgischen Hafenarbeiter und Seeleute, die zu 95 Proz. organisiert sind. Wir arbeiten in Belgien für die Einigkeit der Arbeiter in der ganzen Welt und erhoffen für die Zukunft ein engeres Zusammengehen mit den deutschen Kollegen.

Brautigam-Holland, Hinrichsen-Dänemark, Weigel-Oesterreich, Büchi-Schweiz und Nase-Tschechoslowakei überbringen gleichfalls die Grüße und Wünsche der Organisationen dieser Länder.

Schumann dankte den Rednern. Die deutsche Kollegenschaft nehme diese Bekundungen kollegialischen Geistes der Bruderorganisationen anderer Länder freudig bewegt entgegen, in der Hoffnung auf ein noch engeres Band mit allen Transportarbeitern in der ganzen Welt.

Nachdem Ortmann-Berlin den Vorsitz übernommen hatte, erstattete Schumann hierauf den

Geschäftsbericht,

in dem er auf alle den Verband berührenden Vorgänge sowie die Kämpfe und Erfolge der Organisation in den letzten drei Jahren näher einging.

Es ist vieles erreicht worden, was uns früher nicht erreichbar erschien. Unsere Festschrift gibt ein Spiegelbild vom Tage der Gründung der Organisation an. Alle Reichsabteilungen haben sich gut entwickelt. Die für Post-, Telegraphen- und Fernsprechpersonal hat sich auf der Höhe erhalten, obgleich dieses Personal durch Entlassungen wesentlich verringert worden ist.

Die gesamten erkämpften Lohnerhöhungen betragen im Jahresdurchschnitt von 1904 bis 1920: 5 046 847 326 M. Im Jahre 1921 wurden allein für 744 710 Berufsangehörige 5 321 112 732 M. Lohnerhöhungen erstritten. Zusammen ergibt das eine Summe von rund 10½ Milliarden Mark. In dieser Summe sind die durch Lohnbewegungen und Streiks erreichten Lohnerhöhungen der Hafenarbeiter und Seeleute bis zum Zusammenschluß der drei Verbände im Jahre 1910 nicht enthalten. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 1897: 2759, im Jahre 1921: 571 080.

Von 1897 bis 1921 wurden insgesamt an Unterstützungen 72 404 226,53 M. bezahlt.

Nürnberg berichtete über die Kassenverhältnisse. Die Hauptkasse schloß Ende 1921 in Einnahme und Ausgabe mit 60 178 620,86 Mark ab. Als Bestand blieben 18 755 908,59 M.

Der Abschluß der Verwaltungsstellen zeigt die Summe von 95 286 462,74 M. in Einnahme und Ausgabe auf.

Für den Verbandsausschuß berichtete dessen Obmann Lüdicke-Magdeburg.

Hierauf wurden kurz vor 7 Uhr die Verhandlungen vertagt.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3
Hierzu 1 Beilage.

Warten Sie nicht, bis Ihre Erkältung in voller Entfaltung ist, sondern nehmen Sie bei den ersten Anzeichen einer Halsentzündung (Gefühl der Trockenheit) die bewährten Pantavin-Pastillen, um die Ansteckung im Keime zu ersticken. Pantavin-Pastillen sind angenehm von Geschmack und greifen den Magen nicht an. Von ersten Forschern warm empfohlen. Erhältlich in Apotheken und Drogerien.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise **Koch & Seeland** G. m. b. H. Gertraudtenstraße 20–21.

Leciferrin gegen **Blutarmut, Bleichsucht Nervosität, Schwächezustände**
GALENUS CHEMISCHE INDUSTRIE FRANKFURT a. M. – FECHENHEIM, WERK MAINKUR.